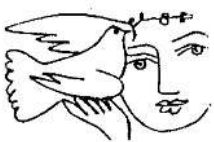


18 Monate Ukraine-Krieg – eine Zwischenbilanz



Grafik: FriedensJournal

- Grundlegende Fragen zur Zukunft der Ukraine und des Krieges
- Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden!
- Ökozid durch die Kriegsführung in der Ukraine
- Propagandakonstrukte im Ukraine-Krieg – auf allen Seiten
- Streubombeneinsatz stoppen!
- Vor 60 Jahren: Kennedy Mahnung vor Kriegen im Atomzeitalter



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Sept. - Okt. 2023/Nr. **5**

18 Monate Ukraine-Krieg – Eine Zwischenbilanz

Inhalt

Grundlegende Fragen zur Zukunft der Ukraine und des Krieges	3
Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden	6
Ökozid in der Ukraine – Eine Übersicht	8
Demagogie, Propaganda und Lügen im Ukraine-Krieg – auf allen Seiten	11
Buchbesprechung: „Putin – Herr des Geschehens?“ von Jacques Baud	14
Ist die Friedensbewegung rechtsoffen?	15
Streumunition stoppen!	16
Ukraine-Krieg: Offene Fragen oder erbit- terte Kontroversen?	17
Vor 60 Jahren: Kennedy Mahnung vor Krie- gen im Atomzeitalter	18
Aktuelle Aufrufe / Friedensratschlag 2023	20

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Lühr Henken, Joachim Guilliard, Werner Ruf,
Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

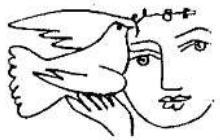
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
mit digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4.9.2023

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>



Liebe Leserinnen und Leser,

in den Wochen vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe häuften sich die Berichte und Analysen über das offensichtliche Scheitern der ukrainischen Offensive gegen die russischen Stellungen im Osten des Landes, allerdings nicht in den hiesigen Leitmedien. Dort ergeht man sich in Floskeln und Durchhalteparolen, die völlig unrealistischen Wunschvorstellungen verhaftet sind. So zum Beispiel die explizite Aussage von Außenministerin Annalena Baerbock: „Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen“. Einen Plan B hat sie nicht, obwohl vor allem weltweit detaillierte Friedenspläne vorgelegt werden.

Wir haben von Seiten der Redaktion eine Reihe von grundsätzlichen Fragen formuliert, die sich in diesem Zusammenhang stellen und für deren Beantwortung wir auf die Meinung von echten Experten zurückgreifen. Glaubwürdig sind Politikwissenschaftler, die nicht (mehr) auf der Gehaltsliste eines der unzähligen Think Tanks diesseits und jenseits des Atlantiks stehen. Deren Positionen sind in unseren Leitmedien allerdings kaum zu finden. Noch mehr gilt dieses aber für ehemalige Militärs und Geheimdienst-Analysten, die das Kriegsgeschehen sachlich-nüchtern und ohne politische Voreingenommenheit beurteilen.

Beispielhaft dafür steht das Buch von Jacques Baud mit dem Titel "Putin - Herr des Geschehens?", das wir in dieser Ausgabe vorstellen.

Bei den anstehenden Friedensaktionen im Herbst, wie z.B. am 3. Oktober muss es aufklärerisch darum gehen, die Forderungen nach einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in der Ukraine auf der Grundlage von Rationalität, Vernunft und Menschlich-

keit zu formulieren. Diese Grundsätze gelten unabhängig davon, wie man die russische Militärintervention in der Ukraine im Einzelnen bewertet.

Längst geht es auch darum, welche politischen Folgen nach 18 Monate Ukraine-Krieg in Deutschland verstärkt sichtbar werden. Diese sind inzwischen vielfältig und sollen hier nur stichwortartig benannt werden:

Sozialabbau: Das Geld für eine notwendige Kindergrundsicherung wird im Bundeshaushalt 2024 nur mit einem Bruchteil der tatsächlichen Erfordernisse eingestellt, gleichzeitig werden die Rüstungsausgaben massiv erhöht.

Militarisierung: Feindbilder werden verstärkt, Waffenlieferungen an die Ukraine erhöht für einen militärischen Siegfrieden statt des notwendigen Verhandlungsfriedens.

Großmachtambitionen: Deutschland befindet sich im Niedergang, beschleunigt durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland, strebt aber ungebrochen nach politischer und militärischer Dominanz.

Migration: Brutale Abwehr von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen bei gleichzeitiger selektiver Aufnahme wegen Fachkräftemangels in Deutschland.

Repression: Die Entwicklung zum autoritären Staat wird auch durch eine mediale Formierung zum Ukraine-Krieg befeuert, einhergehend mit der Diffamierung der Friedensbewegung.

Die Gründe für notwendigen, auf der Straße sichtbaren Protest sind also vielfältig und gehen damit über „klassische“ friedenspolitische Themen hinaus, was auch Anforderungen an neue Bündniskonstellationen stellt.

Karl-Heinz Peil

Vorankündigung: 30. Bundesweiter Friedensratschlag

am 9. und 10. Dezember 2023 in Kassel, Philipp-Scheidemann-Haus
Mit vielen Vorträgen, Workshops und Diskussionsrunden, u.a. mit Gabriele Krone-Schmalz, Jörg Kronauer, Özlem Alev Demirel, Heinz Bierbaum Juana Martinez Gonzalez, Karin Leukefeld, Boniface Mombanza, Jürgen Wagner, Christoph Butterwege, Sabine Schiffer, Ekkehard Sieker, Michael Müller, Eberhard Schulz, Rolf Gössner, Ulrich Schneider

Grundlegende Fragen zur Zukunft der Ukraine und des Krieges

Redaktion FriedensJournal

Im Folgenden hat die Redaktion – als eine Art Zwischenbilanz – zu einigen wichtigen Fragen den Stand nach 18 Monaten Krieg in der Ukraine zusammengestellt, auf Basis der Einschätzung unabhängiger und kompetenter Analysten

Wir verweisen auch auf die Homepage www.friedensratschlag.de, wo in der Rubrik „Berichte und Analysen“ fortlaufend neue Beiträge zum Ukraine-Krieg verlinkt werden.

1. Um welche Art von Krieg handelt es sich überhaupt?

Für die Erörterung von Friedensansätzen zentral ist die Tatsache, dass es sich nicht um einen rein zwischenstaatlichen Krieg handelt, sondern Russland von Anfang an auch mit der NATO konfrontiert war. Im Unterschied zu den letzten US- und NATO-Kriegen stehen sich dadurch zwei ähnlich starke Streitkräfte gegenüber, in Grabenkämpfen und Panzerschlachten wie vor 1945. Gleichzeitig ist es auch der erste Krieg in dem Atomwaffen eine entscheidende Rolle in den militärischen Kalkulationen der Konfliktparteien spielen.

Spätestens mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten an NATO-Waffen wurden Deutschland und seine Verbündeten zur Kriegspartei – in einem Krieg, in dem von der NATO ausgebildete und finanzierte ukrainische Soldaten mit NATO-Waffen und -Aufklärung auf ukrainischem Boden gegen Russland kämpfen.

Der ukrainische Verteidigungsminister Resnikow brachte seinen Stellvertretercharakter am 7.1.2023 im ukrainischen Fernsehen gut auf den Punkt. „Wir führen derzeit die Mission der NATO aus. Sie vergießen nicht ihr Blut. Wir vergießen das unsere.“ [1]

Zur Beurteilung des Krieges muss auch seine Vorgeschichte betrachtet werden. Dazu hat der Bundesausschuss Friedensratschlag bereits vor einem Jahr ein umfangreiches Positionspapier verfasst. [2]

Wie u.a. auch Jeffrey Sachs betont, begann der Krieg in der Ukraine nicht erst

im Februar 2022, sondern 2014 mit dem Maidan-Putsch und den dadurch ausgelösten Kämpfen im Donbass. Dem Eingeständnis von Angela Merkel zufolge, hatte das zur Konfliktlösung gedachte Abkommen Minsk II nur den Zweck, der Ukraine einen Zeitgewinn zur massiven Aufrüstung durch die NATO zu verschaffen.

Offensichtlich ist das westliche Mantra, Friedensverhandlungen seien allein Kiews Entscheidung eine propagandistische Schutzbehauptung.

2. Was sind die jeweiligen Kriegsziele?

Ukraine: Das erklärte Ziel ist die von Russland seit Februar 2022 besetzten Gebiete, sowie, die Donbass-Republiken und die Krim zurück zu erobern. Letzteres wurde von Selenskyi bereits ein Jahr vor Beginn der russischen Invasion per Dekret in Auftrag gegeben.

Russland: Das ursprüngliche Ziel Moskaus, Verhandlungen über Sicherheitsfragen, insbesondere die Neutralität der Ukraine, zu erzwingen, ist in den Hintergrund gerückt. Vorrangiges Ziel ist nun die Absicherung der eroberten Gebiete. Angestrebt wird vermutlich nach Ansicht der meisten Experten auch die vollständige Besetzung der bereits annektierten Oblaste (Provinzen).

Über darüberhinausgehende Ziele gibt es unterschiedliche Ansichten. John Mearsheimer z.B. vermutet, dass Moskau versuchen wird, auch die vier benachbarten, mehrheitlich russischsprachigen Oblaste Dnipropetrowsk, Charkiw, Mykolajiw und Odessa einzunehmen. Jacques Baud hält ein weitergehendes Vorrücken nach Westen angesichts der russischen Truppenstärke für wenig wahrscheinlich [3].

USA/NATO: Generelles strategisches Ziel ist die Eindämmung Russlands durch Einkreisung. Nach dessen Einmarsch in die Ukraine, Schwächung (Baerbock: „Russland ruinieren“) durch einen militärischen Abnutzungskrieg und einen „totalen Wirt-

schafts- und Finanzkrieg“ (Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire). Militärisch zielt das Bündnis aktuell auf bessere Verhandlungspositionen durch Gebietsgewinne Kiews.

3. Wie stehen die Aussichten auf Verhandlungen und Waffenstillstand?

Im Grunde ist es, ungeachtet öffentlich anderslautender Parolen, weitgehend Konsens, dass keine Seite den Krieg militärisch für sich entscheiden kann und es früher oder später Verhandlungen und einen Waffenstillstand geben wird. In Sicht ist es aber noch nicht.

Etwas Anlass zu Hoffnung geben die Initiativen aus dem Globalen Süden. Dem steht aber noch die entscheidende, bisher ablehnende Haltung Washingtons entgegen.

In den USA mehren sich jedoch die Stimmen aus dem Establishment, die für einen Ausstieg und Verhandlungen plädieren. Bereits im letzten November riet der US-Generalstabschef Mark Milley dazu, da die ukrainische Armee nicht mehr viel erreichen könne und eine Fortsetzung die Gefahr einer Ausweitung des Krieges erhöhe.

Im Januar forderte die RAND Corporation, die zuvor Strategien zur Schwächung Russlands entworfen hat, die „Vermeidung eines langen Krieges“.

Auch die außenpolitische Schwergewichte Richard Haass und Charles Kupchan setzen sich dafür ein, einen Waffenstillstand auszuhandeln und einen Friedensprozess einzuleiten, auch wenn dies, zumindest zeitweise, den Verzicht auf die von Russland annektierten Gebiete bedeute[4].

Alle diese Experten gehen davon aus, dass die Ukraine nicht mehr lange durchhalten könne, sich ihre wirtschaftliche Lage weiter drastisch verschlechtere und der Armee Munition und Soldaten ausgehen werde. Vor allem befürchten sie, dass eine längere Fortsetzung des bisherigen

militärischen Engagements in der Ukraine den ihrer Ansicht nach viel wichtigeren Kampf gegen den eigentlichen Hauptfeind, China, beeinträchtigt.

Dennoch sind ein Waffenstillstand und Verhandlungen auf Basis des bestehenden Frontverlaufs für Washington und seine Verbündeten schwer zu akzeptieren: Russland würde dadurch zwar nicht als Sieger erscheinen, die USA und die NATO jedoch als klare Verlierer. In Afghanistan führten sie den Krieg noch viele Jahre weiter als bereits offensichtlich war, dass sie ihn nicht gewinnen können.

4. Welche Ansätze für Verhandlungslösungen gibt es?

Die Dauer des Krieges und die von Moskau mit der Annexion von Gebieten geschaffenen Fakten machen eine politische Lösung wesentlich schwerer als vor 18 Monaten, als aussichtsreiche Verhandlungen von der NATO torpediert wurden. Es besteht unter unabhängigen Experten Einigkeit, dass an einer Neutralität der Ukraine kein Weg vorbeiführt. Kiew wird, wie auch Vertreter des US-Establishment raten, zumindest vorerst auf die Rückgewinnung der annektierten Gebiete verzichten müssen. Eine völkerrechtskonforme Lösung könnte, so u.a. Henry Kissinger, unter Rückgriff auf das Selbstbestimmungsrecht erreicht werden, indem Kiew und Moskau Referenden unter UN-Aufsicht über die staatliche Zugehörigkeit zustimmen.

Eine Bereitschaft Moskaus wäre jedoch nur durch Entgegenkommen der USA und der NATO in Sicherheitsfragen, wie die Stationierung von NATO-Truppen an den russischen Grenzen oder US-amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa vorstellbar. Vorerst sind die Aussichten gering.

Die Initiativen Chinas, Brasiliens, der afrikanischen Union und anderer zielen daher zunächst auf einen Waffenstillstand, der Zeit für Verhandlungen schafft. Angesichts einer 1300 Kilometer langen Frontlinie wird ein Waffenstillstand schwer zu überwachen sein. Ergebnis wird, wenn er hält, ein eingefrorener Konflikt sein, ähnlich dem auf der

koreanischen Halbinsel – Lösbar so u.a. auch Richard Haass und Charles Kupchan nur durch einen strategischen Dialog der NATO mit Russland über Waffenkontrolle und eine umfassende europäische Sicherheitsarchitektur möglich. Als Vorbild verweisen sie auf die Zwei-plus-Vier-Gespräche, die den Kalten Krieg beenden halfen.



Kriegsversehrte nach dem zweiten Weltkrieg

Am 1. August berichtete das Wall Street Journal, dass „zwischen 20.000 und 50.000 Ukrainer“ seit Beginn des Krieges „ein oder mehrere Gliedmaßen verloren haben“ [5]

5. Welche Opferzahlen beider Seiten sind plausibel?

Sichere Angaben darüber gibt es nicht, sowenig wie bei früheren Kriegen. Weder Kiew noch Moskau veröffentlichten entsprechende Zahlen. Nach neuesten offiziellen US-Angaben [6] wurden 70.000 ukrainische Soldaten getötet und mehr als 100.000 verwundet. Das russische Oppositionsmedium Mediazona berichtet von 47.000 toten russischen Soldaten. In ukrainischen und westlichen Medien werden jedoch bis zu zehnmal höhere Zahlen genannt.

Mearsheimer geht auf Grund der Kriegsführung und der eingesetzten Munition beider Seiten davon aus, dass die Opferzahlen auf ukrainischer Seite zwei bis viermal so hoch sind, wie die auf der russischen.

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) hat von Februar 2022 bis Ende Juli 2023 9.369 Todesopfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung gezählt. Wie immer dürfte die tatsächliche Zahl wesentlich höher sein. Die Toten in den Donbass-Republiken seit 2014 werden nicht mitgezählt.

Im weitesten Sinne muss man auch die Zahl der Geflüchteten hinzuzählen. Bereits Ende Februar d.J., d.h. nach einem Jahr der russischen Invasion bezifferte UN-Flüchtlingshilfe UNHCR, dass ein Drittel der Ukrainer Flüchtlinge (ca. 8 Mio.) oder Binnenvertriebene (ca. 6 Mio.) sind.

6. Wie erfolgte bisher die Kriegsführung gegen Zivilisten und zivile Einrichtungen?

Bisher blieb die russische Kriegsführung von der Brutalität des „Shock & Awe“ der USA in ihren Feldzügen, bei denen vom ersten Tag an Städte und zivile Infrastruktur flächendeckend zerstört wurden, noch ein gutes Stück entfernt. In den ersten Monaten blieb die zivile Infrastruktur der Ukraine weitgehend intakt. Ihre Luftüberlegenheit ausnutzend beschränkten sich die russischen Streitkräfte zunächst weitgehend auf die Bombardierung militärischer Anlagen und Kampfstellungen.

Nach dem Raketenangriff der Ukraine auf die Krim-Brücke und der massiven Aufrüstung der Ukraine mit schweren, weitreichenden Waffen, wurden die Angriffe zunehmend auch auf die zivile Infrastruktur ausgeweitet, insbesondere auf die, die auch für das ukrainische Militär wichtig sein kann, wie Energieversorgung, Eisenbahn, Brücken etc.. Strittig ist oft, ob auch ganz gezielt rein zivile Objekte angegriffen werden.

Beispielhaft dafür steht ein russischer Raketenangriff auf Odessa, bei dem nach ukrainischer Darstellung eine anfliegende Rakete über ein Wohngebiet abgeschossen wurde und damit ein Großbrand ausgelöst wurde mit angeblich 200 beschädigten Häusern. Die russische Darstellung lautet hingegen, dass der Raketenangriff einem Soldaten-Wohnheim und Rüstungs-Produktionsstätten gegolten habe. Letzteres sei durch lang anhaltende Explosionen dokumentiert. [7]

Von ukrainischer Seite erfolgen nachweislich immer noch fortlaufend – wie bereits seit 2014 – Raketenangriffe auf eindeutig zivile Objekte, wie

z.B. das Stadtzentrum von Donezk. Diese haben wahrscheinlich den größten Anteil an den von 1014 bis 2021 von der OSZE erfassten ca. 13.000 Todesopfer im Donbass.

Waffenlieferungen aus NATO-Staaten, wie jüngst mit Streubomben, können nur dazu führen, dass die Ukraine zu Angriffen auf zivile Ziele mit entsprechenden Opfern motiviert wird, d.h. zu eindeutig als solche auszuweisende Kriegsverbrechen.

7. Welche Risiken bestehen für eine Eskalation in einen größeren, gar atomaren Krieg?

Viele namhafte Experten warnen davor, dass der Ukrainekrieg das reale Risiko birgt, in einen größeren Krieg zu eskalieren, in einen Krieg in dem sich Atommächte dann direkt gegenüberstehen. Dieses Risiko wächst je weitrei-

chender und effektiver die Waffen sind, die die NATO-Staaten an die ukrainische Front werfen. Haubitzen, Raketenwerfer, Schützenpanzer, Kampfpanzer ... – in kurzem Abstand haben sie Grenzen, die zuvor als „rote Linie“ bezeichnet wurden überschritten. Nun sollen Kiew auch Marschflugkörper zur Verfügung gestellt werden, die Ziele in Russland treffen können, sowie F16-Kampffjets, die auch mit Atomwaffen bestückt werden können. Moskau hat bereits davor gewarnt, dass sie die Art der Bewaffnung nicht erkennen können. Die russische Einsatzdoktrin für Atomwaffen sieht einen Ersteinsatz nur bei einem Angriff vor, der die Existenz des Landes bedroht. Der mehrfache Hinweis russischer Regierungsvertreter, das sei kein Bluff, wird als Drohung gewertet, insbesondere unklar ist, ab wann in Moskau eine solche Bedrohung gese-

hen wird – schon bei drohendem Verlust der Krim und dem dortigen Marinestützpunkt?

Während die indirekten Drohungen aus Moskau heftig kritisiert werden, wurden entsprechende Drohungen aus der NATO ignoriert. Nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine ließen Regierungsvertreter aus Washington und London verlauten „*all options are on the table*“ – eine Formel, die allgemein als Warnung an den Gegner gilt, man sei zu allem, auch zu einem Atomwaffeneinsatz bereit. Die Einsatzdoktrin der USA schließt einen Ersteinsatz explizit nicht aus.

Neben einem Einsatz von Atomwaffen, möglicherweise allein aufgrund von Fehleinschätzungen, besteht auch die reale Gefahr, dass Schäden an ukrainischen Kernkraftwerken zu einer nuklearen Katastrophe führen.

Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden!

von Prof. Peter Brandt, Prof. Hajo Funke, General a. D. Harald Kujat und Prof. Horst Teltschik

Legitime Selbstverteidigung und das Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden sind kein Widerspruch.

Ein Verhandlungsvorschlag, veröffentlicht am 25.8.2023 – hier auszugsweise.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 führt die Ukraine einen legitimen Verteidigungskrieg, in dem es um ihr Überleben als Staat, ihre nationale Unabhängigkeit und Sicherheit geht. Diese Feststellung gilt unabhängig von der demokratischen und rechtsstaatlichen Qualität und der Verfassungsrealität, auch unabhängig von der sehr viel komplizierteren Vorgeschichte und dem ebenfalls komplizierteren weltpolitischen Zusammenhang des Krieges.

Die Legitimität der bewaffneten Selbstverteidigung auf der Grundlage des Art. 51 der Uno-Charta entbindet die Regierung in Kiew und die sie unterstützenden Staaten allerdings nicht von der Verpflichtung – nicht zuletzt gegenüber dem eigenen Volk – Vernunft walten zu lassen, sich der Steigerung von Gewalt und Zerstörung nicht hinzugeben und

die Erlangung eines gerechten und dauerhaften Friedens politisch zu befördern. Auch während des Krieges – und gerade währenddessen – darf das stete Bemühen um eine diplomatische Lösung nicht nachlassen.

Das gilt ebenso für die mittelbar Beteiligten, auch für die Bundesrepublik Deutschland, die durch das Friedensgebot des Grundgesetzes sogar besonders verpflichtet ist. Zudem hat die Bundesregierung am 2. März 2022, wenige Tage nach Beginn des russischen Angriffs, einer von der Ukraine eingebrachten, von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Resolution zugestimmt, die eine «friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel» fordert. ...

Die Ukraine hat dem russischen Angriffskrieg bisher durch die umfassende Unterstützung des Westens widerstanden. Die Entscheidung darüber, welche Aufwendungen geleistet werden müssen, damit der Krieg ge-

gen jede Vernunft und trotz der Unerreichbarkeit der politischen Ziele weitergeführt wird, darf jedoch auf Dauer nicht allein der ukrainischen Regierung überlassen werden. ...

Seit dem 4. Juni 2023 versuchen die ukrainischen Streitkräfte, die tief gestaffelten russischen Verteidigungsstellungen zu durchbrechen und die Landbrücke zwischen Russland und der Krim zu blockieren, um die russischen Streitkräfte von der logistischen Drehscheibe Krim abzuschneiden. Die ukrainischen Streitkräfte erleiden in den Kämpfen große Verluste an Menschen und (westlichem) Material, ohne bisher einen durchgreifenden Erfolg zu erzielen.

Scheitert die Offensive, so ist damit zu rechnen, dass die Ukraine fordern wird, westliche Soldaten sollen westlichen Waffen folgen. Denn auch die geplanten westlichen Waffenlieferungen können die enormen personellen Verluste der ukrainischen Streitkräfte nicht ausgleichen. Dagegen hat Russland bisher noch nicht die Masse seiner aktiven Kampftruppen eingesetzt. ...

Diesen Krieg kann niemand gewinnen

Die Ukraine kann auch mit westlicher Unterstützung durch Waffen- und Munitionslieferungen sowie durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten Russland militärisch nicht besiegen.

Zugleich steigt jedoch das Risiko, dass die Eskalation bis zum «Äußersten» steigt, einem militärischen Konflikt zwischen der Nato und Russland, mit der realen Gefahr eines auf den europäischen Kontinent begrenzten Nuklearkrieges, obwohl die USA und Russland ihn vermeiden wollen.

Diese Entwicklung sollte nicht abgewartet werden. Denn es wäre vor allem im Interesse der Ukraine, sobald wie möglich einen Waffenstillstand anzustreben, der die Tür für Friedensverhandlungen öffnet. Es liegt gleichermaßen im Interesse der europäischen Staaten, die die Ukraine vorbehaltlos, aber ohne eine erkennbare Strategie unterstützen. Denn aufgrund der zunehmenden Abnutzung der ukrainischen Streitkräfte wächst das Risiko, dass der Krieg in der Ukraine zu einem europäischen Krieg um die Ukraine eskaliert.

Die Ukraine vergrößert dieses Risiko, indem sie mit westlicher Unterstützung zunehmend Anschläge gegen die strategische Infrastruktur Russlands wie beispielsweise am 26.12.2022 gegen den nuklearstrategischen Stützpunkt Engels bei Saratow oder die Kertsch-Brücke unternimmt. Zudem könnte sich der Westen gezwungen sehen, eine vernichtende militärische Niederlage der Ukraine durch sein aktives Eingreifen zu verhindern. Die Einsicht, dass dies eine reale Gefahr ist, wächst.

Kann man mit Putin verhandeln?

Bisher gibt es keinen Beleg dafür, dass das politische Ziel der «militärischen Spezialoperation» die Eroberung und Besetzung der gesamten Ukraine ist und Russland danach einen Angriff auf Nato-Staaten plant. ...

Putin widerspricht energisch, dass er – wie häufig behauptet wird, – das imperialistische Ziel verfolgt, die Sowjetunion wieder herzustellen: «Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz, wer

sie sich zurückwünscht, hat keinen Verstand.»

Putin war zu Verhandlungen mit der Ukraine bereit und ist es sicherlich noch – dies immer unter der Voraussetzung, dass Verhandlungen auch von der Gegenseite – also der amerikanischen, ukrainischen und westlichen Seite – gewollt werden. Hierzu hat Putin sich mehrfach positiv geäußert. Beispielsweise anlässlich der Erklärung zur Teilmobilmachung vom 21. September 2022:

«Das möchte ich heute zum ersten Mal öffentlich machen. Nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation, insbesondere nach den Gesprächen in Istanbul, äußerten sich die Kiewer Vertreter recht positiv zu unseren Vorschlägen. [...] Aber eine friedliche Lösung passte dem Westen offensichtlich nicht, weshalb Kiew nach Abstimmung einiger Kompromisse tatsächlich befohlen wurde, alle diese Vereinbarungen zu nichte zu machen.»

Der Krieg hätte verhindert werden können, hätte der Westen einen neutralen Status der Ukraine akzeptiert – wozu Selenkskij anfangs durchaus bereit war –, auf eine Nato-Mitgliedschaft verzichtet und das Minsk II-Abkommen für Minderheitenrechte der russischsprachigen Bevölkerung durchgesetzt. Der Krieg hätte Anfang April 2022 beendet werden können, hätte der Westen den Abschluss der Istanbul-Verhandlungen zugelassen. Es liegt nun erneut und möglicherweise letztmalig in der Verantwortung des «kollektiven Westens» und insbesondere der USA, den Kurs in Richtung Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu setzen.

Es gilt, einen Weg aus der Gefahr einzuschlagen

Imperiale Rivalitäten, nationale Überheblichkeit und Ignoranz haben den Ersten Weltkrieg ausgelöst, den man als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet hat. Der Ukraine-Krieg darf nicht zur Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts werden!

Jetzt gilt es für die europäischen Staaten und die Europäische Union, deren weltpolitisches Gewicht im Krieg und durch den Krieg laufend re-

duziert wird, alle Anstrengungen auf die Wiederherstellung eines stabilen Friedens auf dem Kontinent zu richten und damit einen großen europäischen Krieg zu verhindern.

Frieden ist möglich – ein Weg aus der Gefahr

Positionen der Kriegsparteien

Ukraine:

– Verhandlungen erst nach Abzug der russischen Truppen von ukrainischem Territorium beziehungsweise nach der Befreiung aller von Russland besetzten Gebiete.

– Verpflichtung Russlands, die Kosten des Wiederaufbaus zu tragen.

– Verurteilung der für den Angriff verantwortlichen russischen Führung.

– Nato-Mitgliedschaft nach Beendigung des Krieges.

– Sicherheitsgarantien durch von der Ukraine benannte Staaten.

Russland:

– Konsolidierte Neutralität der Ukraine – keine Nato-Mitgliedschaft.

– Keine Stationierung amerikanischer und anderer Nato-Truppen auf ukrainischem Territorium.

– Anerkennung der Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja als russisches Staatsgebiet.

– Höchstgrenzen für die ukrainischen Streitkräfte insgesamt und für die einzelnen Waffengattungen.

– Rüstungskontrollverhandlungen mit den USA/der Nato, insbesondere über Verifikationsmechanismen für das Ballistic Missile Defence System/ BMDS der Nato in Polen und Rumänien.

Es müsste erreicht werden, dass zunächst alle Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen fallengelassen werden.

Das chinesische Positionspapier bietet dafür einen vernünftigen Ansatz. Es fordert, die Verhandlungen von Istanbul auf dem damals erreichten Stand wieder aufzunehmen.

Eine wichtige Rolle für das Zustandekommen von Verhandlungen fällt den USA zu. Die USA müssten den ukrainischen Präsidenten zu Verhand-

lungen drängen. Darüber hinaus müssten sie (und die Nato) zu Rüstungskontrollverhandlungen einschließlich vertrauensbildender militärischer Maßnahmen bereit sein.

Phase I – Waffenstillstand

Der Uno-Sicherheitsrat beschließt gemäß Artikel 24 Absatz 1 der Uno-Charta im Einklang mit der ihm von den Mitgliedern übertragenen Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einen Zeit- und Ablaufplan für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen zur Beendigung des Ukrainekrieges und die Wiederherstellung des Friedens ...

Phase II – Friedensverhandlungen

1. Die Friedensverhandlungen beginnen am Tag X+15 unter dem Vorsitz des Uno-Generalsekretärs und/oder des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Frieden und Sicherheit in der Ukraine am Sitz der Vereinten Nationen in Genf.

2. Beide Konfliktparteien bekräftigen ihre Entschlossenheit, die Verhandlungen in der festen Absicht zu führen, den Krieg zu beenden und eine dauerhafte, friedliche Regelung aller strittigen Fragen anzustreben. Sie beabsichtigen, die Schreiben Russlands an die Vereinten Staaten und die Nato vom 17. Dezember 2021, soweit sie für die bilateralen Verhandlungen von Bedeutung sind, und das Positionspapier der Ukraine für die Verhandlungen vom 29. März 2022 zu berücksichtigen und an die Ergebnisse der Istanbul-Verhandlungen anzuknüpfen.

3. Elemente einer Verhandlungslösung:

a) Die Konfliktparteien

betrachten sich künftig nicht als Gegner und verpflichten sich, zu den Prinzipien gleicher und unteilbarer Sicherheit zurückzukehren,

akzeptieren die Stationierung einer Uno-Friedenstruppe auf ukrainischem Territorium in einer Zone von 50 Kilometern Breite bis zur russischen Grenze einschließlich der Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson in ihren Verwaltungsgrenzen,

b) Russland

zieht seine Streitkräfte auf dem ukrainischen Territorium auf den Stand vom 23. Februar 2022 zurück.

zieht seine Streitkräfte auf seinem Territorium aus einer Zone von 50 Kilometern Breite bis zur ukrainischen Grenze zurück, die seit dem 24. Februar 2022 in diese Zone verlegt wurden.

c) Die Ukraine

zieht ihre Streitkräfte aus einer Zone von 50 Kilometern Breite bis zur russischen Grenze, einschliesslich der Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson zurück,

erklärt den permanenten Status als neutraler Staat und tritt keinem militärischen Bündnis, einschliesslich der Nordatlantischen Allianz, bei. Die Souveränität, territoriale Integrität und staatliche Unabhängigkeit der Ukraine werden durch entsprechende Zusagen von Garantiemächten¹⁷ gewährleistet. Die Garantiezusagen gelten nicht für die Krim und Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson innerhalb der ehemaligen Verwaltungsgrenzen,

verzichtet auf die Entwicklung, den Besitz und die Stationierung von Nuklearwaffen auf ihrem Territorium,

wird keine permanente oder befristete Stationierung von Streitkräften einer fremden Macht oder deren militärischer Infrastruktur auf ihrem Territorium zulassen,

wird keine Übungen und Manöver von ausländischen Streitkräften auf ihrem Territorium zulassen,

wird die vereinbarten Höchstgrenzen¹⁸ für die ukrainischen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren umsetzen.

d) Die Probleme im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol werden innerhalb von 15 Jahren bilateral auf diplomatischem Wege verhandelt und unter Verzicht auf militärische Gewalt gelöst.

e) Der künftige Status der Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson wird in den Verhandlungen einvernehmlich vereinbart. Russland

wird den Flüchtlingen die Rückkehr ermöglichen. Sollten die Verhandlungspartner in dieser Frage keine Einigung erzielen, wird der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Frieden und Sicherheit in der Ukraine innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ein Referendum durchführen, in dem die Bevölkerung über den künftigen Status entscheidet.



Für die Bevölkerung einer oder mehrerer Regionen, die sich für den Verbleib im ukrainischen Staatsverband entscheidet, wird die ukrainische Regierung bis zum Ende des Jahres, in dem das Referendum stattgefunden hat, Minderheitenrechte nach europäischem Standard in die Verfassung aufnehmen und umsetzen (entsprechend dem Minsk II-Abkommen).

Langfristig kann nur eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung die Sicherheit und Freiheit der Ukraine gewährleisten, in der die Ukraine und Russland ihren Platz haben. Eine europäische Sicherheitsarchitektur, in der die geostrategische Lage der Ukraine keine Schlüsselrolle mehr für die geopolitische Rivalität der Vereinten Staaten und Russlands spielt. Der Weg dorthin führt über eine Konferenz im KSZE-Format, die an die großen Fortschritte der «Charta von Paris» anknüpft und diese unter Berücksichtigung der gegenwärtigen sicherheitspolitischen und strategischen Rahmenbedingungen weiterentwickelt.

Eine Komplettfassung des Textes findet sich u.a. bei Globalbridge.ch und zeitgeschehen-im-focus.ch

Ökozid in der Ukraine – Eine Übersicht

von Karl-Heinz Peil



Landkarte der Ukraine 1918 nach dem „Brotfrieden“ mit den Mittelmächten des ersten Weltkriegs Anfang 1918

Quelle: Landesarchiv Baden-Württemberg

Globale Umweltwirkungen des Ukraine-Krieges

Als globale Umweltauswirkungen des Krieges in der Ukraine können mehrere Faktoren genannt werden.

Klimabilanz: mehr Treibhausgase

Der Krieg führt zu einem drastischen Anstieg von Treibhausgasen, wobei der größte Teil nicht auf direkte Kriegshandlungen, sondern auf indirekte Effekte zurückzuführen ist. Dazu gehört z.B. der massive Ausbau der internationalen Kapazitäten für fossiles Gas, das als verflüssigtes Erdgas zu neuen Lieferketten mit massiv schlechterer Ökobilanz als Erdgas aus Pipelines wie Nordstream 1 führt.

Globale Versorgungssicherheit

Dieser Aspekt wurde im Zusammenhang mit der Verschiffung von Getreide über das Schwarze Meer unter Kriegsbedingungen thematisiert (Stichwort: Getreideabkommen), betrifft aber längerfristig die ökologischen Bedingungen der Getreideproduktion in der Ukraine selbst, die früher auch als „Kornkammer Europas“ bezeichnet wurde.

Schwarzerde: Zerstörung von fruchtbarem Ackerland

Tschernozem (von russisch: "schwarzer Boden"), auch Schwarzerde ge-

nannt, ist ein schwarz gefärbter Boden mit einem hohen Anteil an Humus und hohen Anteilen an Phosphor- und Ammoniakverbindungen. Tschernozem ist ein sehr fruchtbarer Boden, der aufgrund seiner hohen Feuchtigkeitsspeicherkapazität hohe landwirtschaftliche Erträge liefern kann.

Tschernozeme bedecken eine Fläche von etwa 230 Millionen Hektar. Es gibt zwei "Tschernozem-Gürtel" in der Welt. Der eine ist die eurasische Steppe, die sich von Ostkroatien (Slawonien), entlang der Donau (Nordserbien, Nordbulgarien (Donaubene), Süd- und Ostrumänien (Walachische Ebene und Moldaubene) und Moldawien bis in die nordöstliche Ukraine über die zentrale Schwarzerde-Region Zentral- und Südrusslands nach Sibirien erstreckt. Die andere erstreckt sich von den kanadischen Prärien in Manitoba über die Great Plains der USA bis in den Süden von Kansas. [1]

Die Ukraine und Russland sind wichtige internationale Lieferanten von Weizen, Mais, Sonnenblumensaatgut und Düngemitteln.

Der tschechische Militärexperte Jaroslav Štefec fasste die gesamthaften Wirkungen kürzlich wie folgt zusammen:

„Die anhaltenden Kämpfe führen zur Zerstörung riesiger Flächen von Feldern und einheimischer Vegetation und zur Verseuchung des Bodens mit Schwerme-

tallen und anderen hochgiftigen Stoffen, die durch die Explosionen der Munition oder der ganzen Lagerhäuser, in denen sie gelagert wird, freigesetzt werden.[...]

Auch nicht von den Bränden zerstörter Kampfausrüstung und den Emissionen der hunderttausenden von Litern Diesel und Benzin, die beim Betrieb einsatzbereiter Geräte verbrannt werden.“[2]

Zerstörte Infrastruktur in Kriegsgebieten lässt sich kurz- und mittelfristig wieder aufbauen - verseuchter Boden ist eine Belastung für die Ewigkeit!

Schäden an der Infrastruktur und der lokalen Umwelt

Anhand von Daten aus europäischen und US-amerikanischen Satellitenbildern schätzten Forscher bereits Anfang 2023, dass der Konflikt mehr als 6.000 Brände verursacht hat, die fast 5.000 Quadratkilometer Land beschädigten – hauptsächlich Ackerland, aber auch große Waldgebiete und natürlich auch städtische Gebiete. In dem Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass über 70.000 Häuser zerstört und über 60.000 weitere beschädigt wurden. Das Conflict and Environment Observatory (CEOBS) hat dokumentiert, dass zahlreiche Industriestandorte – darunter Anlagen für fossile Brennstoffe, chemische und nukleare Anlagen – ebenfalls angegriffen wurden und große Mengen an Schadstoffen freigesetzt haben. [3]

Umwelt-Schadstoffe kumuliert

Der Vorsitzende des Agrarausschusses des ukrainischen Parlaments, Oleksandr Haydu bezifferte, dass mehr als fünf Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche bereits aufgrund von Minen, Verseuchung mit Sprengstoffüberresten oder andauernden Kämpfen unbrauchbar geworden seien. „Aufgrund von Minen oder gefährlichen Sprengkörpern auf landwirtschaftlichen Flächen ist es oft unmöglich, diese zu bestellen“, sagte er. Statt auf 7,7 Millionen Hektar wie im vergangenen Jahr habe man zuletzt nur auf 4,5 Millionen Hektar die Wintersaat ausbringen können.

Die Raketen, Marschflugkörper und Minen zerstören Gebäude und setzen Asbest frei. Werden Lagertanks für Schweröl, Raffinerien und Industrieanlagen getroffen, sickern Öl und Chemikalien in den Boden und können das Grundwasser kontaminieren. In der Munition stecken ebenfalls giftige Chemikalien, warnen Umweltpertinnen und -experten wie Wim Zwijnenburg von der niederländischen Friedensforschungsorganisation Pax. „Wenn ein Gebiet über Monate jeden Tag beschossen wird, häufen sich Schwermetalle aus der verschossenen Munition im Boden an“, sagt Zwijnenburg im Gespräch mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).[4]

Uran-Munition: Großflächige und langfristige Verseuchung

Uranmunition wirkt extrem toxisch über Nanopartikel in der menschlichen Blutbahn - trotz der scheinbar niedrigen radioaktiven Strahlung. Vergleiche mit Atomwaffen sind aber irreführend! Großflächige Verseuchungen durch deren Einsatz sind aus dem Balkan und dem Irak bekannt, was sich bis heute unter anderem bei genetischen Schäden von Neugeborenen zeigt. Krebserkrankungen treten in diesen Regionen bei Erwachsenen statistisch um ein Mehrfaches häufiger auf.



Screenshot des Videos einer Überwachungskamera von der Bombardierung vom 13. Mai 2023

Anfang März 2023 kündigte die britische Regierung an, Uranmunition an die Ukraine zu liefern. Dieses ist in den darauffolgenden Wochen offenbar auch erfolgt. Bekannt ist, dass am 13. Mai 2023 im Westen der Ukraine ein riesiges Munitionsdepot mit einer weithin sichtbaren Explosionswolke gezielt zerstört wurde. Regional wurde danach eine erhöhte radioaktive Strahlenbelastung gemessen. [5]

Anfang September 2023 begannen

auch die USA mit der Auslieferung von Uranmunition an die Ukraine.

Die Folgen des Einsatzes von Uranmunition werden bis heute systematisch verharmlost, zuletzt in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage aus dem Bundestag vom 10.5.2023.[6]

Streumunition: Jahrzehnte für Dekontaminierung

Seit Juli 2023 liefern die USA Streumunition an die Ukraine. International geächtet ist Streumunition (siehe auch Infomaterial aus Seite 16 dieser Ausgabe) aus mehreren Gründen.

Erstens: Aus humanitärer Sicht ist es verwerflich, dass diese schwer behandelbare Wunden sowie dauerhafte Verstümmelungen von Gliedmaßen verursacht.

Zweitens: Aufgrund ihrer geringen Zielgenauigkeit ist bei deren Einsatz keine Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen möglich.

Drittens: Da ein großer Anteil der Minibomben (Bomblets) in einer Größe von 5 bis 20 cm nicht explodiert, sondern sich als Blindgänger in den Boden eingräbt, müssen die betroffenen Gebiete als Sperrzonen ausgewiesen werden. Blindgänger von Streubomben wirken deshalb ähnlich wie Landminen, was insbesondere in der Ukraine unmittelbar zum Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche führt.

Erfahrungen aus Kriegsgebieten wie Laos (im Rahmen des Vietnam-Krieges) und den Irak, wo diese von den USA massenhaft eingesetzt wurden, zeigen auf, dass deren Räumung vor Ort eine Langzeitaufgabe ist. Insbesondere in Laos sind davon nach mehr als 50 Jahren noch relevante Flächen, z.B. Reisfelder, betroffen. [7]

Risiken des Atomkraftwerkes Saporischschja

In dem seit März 2022 unter russischer Kontrolle stehenden AKW wurde im September 2022 der letzte Reaktorblock für die Stromversorgung abgeschaltet.

Das Gelände stand bereits häufig unter Beschuss durch ukrainische

Drohnen, bei denen u.a. wichtige Stromleitungen beschädigt wurden.

Zeitweise gab es in dieser Zeit eine Präsenz der internationalen Atomenergiebehörde IAEA.

Nach der Zerstörung der Kachowka-Staumauer konnte die Kühlung der Anlagen zwar vorläufig gesichert werden; dennoch bestehe weiter ein latentes Risiko, sollte die einzige zu dieser Zeit funktionierende Hochspannungsleitung durch Kämpfe oder Sabotage länger ausfallen und der nach einiger Zeit erforderliche Nachschub an Betriebsstoffen für die Dieseldieselgeneratoren ebenfalls durch kriegerische Handlungen blockiert werden. Eine weitere erhebliche Gefahr besteht durch eine mögliche Beschädigung der Kühlwasserspeicher und den Verlust von Kühlwasser. [8]

Die Folgen der Staudamm-Sprengung bei Kachowska

Am 7. Juni 2023 wurde der wichtige Kachowska-Staudamm im Süden der Ukraine zerstört, was großflächige Überschwemmungen zur Folge hatte.

Die Staudamm-Sprengung bei Kachowska hat die kritische Lage des AKW Saporischschja nochmals eskaliert. Durch das Auslaufen des Dnipro-Staudammes wurde auch dessen Kühlwassersystem stark beeinträchtigt, das trotz der abgeschalteten Reaktoren notwendig ist.

Völlig ausgeschlossen ist zumindest, dass aufgrund der im Normalbetrieb erforderlichen Kühlleistung, die bisher über den Stausee erfolgte, eine Wiederinbetriebnahme des AKW erfolgt.

Der gesprengte Staudamm diente nicht nur zur Bewässerung riesiger Ackerflächen auf beiden Seiten, sondern über ein langes Kanalsystem auch der Bewässerung von großen Teilen der Krim, die damit nachhaltig geschädigt wird.

Für die Ökosysteme an den Ufern des Dnipro stellt die Staudamm-Sprengung eine ökologische Katastrophe dar.

Offenbar waren im zerstörten Kraftwerk auch 150 Tonnen Öl gelagert, die ins Wasser und mit der Über-



Atomkraftwerk Saporischschja, Quelle: Wikipedia

schwemmung an Land geraten sind. Ebenso dürften Chemikalien von Fabriken an den Ufern mitgeschwemmt worden sein. Millionen Fische, Vögel und andere Tiere dürften durch das Hochwasser verendet sein. [9]

Fazit

Die Ökobilanz des Ukraine-Krieges kann bereits jetzt als geschichtlich beispiellos bezeichnet werden. Wertvollstes Ackerland in

der Ukraine wird zum größten Teil erst langfristig wieder von der hohen Schadstoffbelastung befreit werden können. Aber auch dort, wo landwirtschaftliche Produktion weiterhin möglich sein wird, werden nur die großen Investoren aus dem Westen bestimmen, was dort angebaut wird: Lukrative Produktion mit hohem Pestizideinsatz und damit orientiert an Bedürfnisse zahlungskräftiger Länder auf dem Weltmarkt, nicht jedoch für die regionale und globale Ernährungssicherheit.

Weitere Infos des Autors siehe www.umwelt-militaer.org

Der Krieg macht die Ukraine zum Vasallenstaat des Westens

Die Ukraine kämpft für Unabhängigkeit. Doch die Gläubiger diktieren den Ausverkauf der Heimat. Oligarchen und Konzerne profitieren.

Der Westen hilft der Ukraine nicht selbstlos. Der Weltwährungsfonds IWF, Investmentkonzerne wie Vanguard und andere Gläubiger sorgen für Landverkäufe, Privatisierungen und sozialen Abbau. Die Bevölkerung hat dazu nichts zu sagen. Das von Konzernen und Regierungsgeldern unabhängige Oakland Institute in Kalifornien hat dazu im März 2023 einen grossen dokumentierten Report veröffentlicht. Er trägt den Titel «Krieg und Diebstahl – die Inbesitz-

nahme von landwirtschaftlichen Flächen in der Ukraine». [...]

Die Gesamtfläche, die von Oligarchen, korrupten Einzelpersonen und grossen Agrarunternehmen kontrolliert wird, beläuft sich auf mehr als neun Millionen Hektar. Das entspricht 28 Prozent der Ackerfläche des Landes. Der Rest wird von über acht Millionen ukrainischen Bauern genutzt.

Bei den grössten Landbesitzern handelt es sich um eine Mischung aus Oligarchen und einer Vielzahl ausländischer Investoren – hauptsächlich aus Europa und Nordamerika, darunter ein in den USA ansässiger Private-Equity-Fonds und der Staatsfonds von Saudi-Arabien. [...]

Diese internationale Finanzierung

kommt direkt den Oligarchen zugute, von denen mehrere des Betrugs und der Korruption beschuldigt werden, sowie den ausländischen Fonds und Unternehmen, die als Aktionäre oder Gläubiger beteiligt sind. [...]

Monokulturen für den Export

Darüber hinaus beschleunigen die internationalen Finanzinstitute durch die Förderung grosser Agrarunternehmen die Landkonzentration und ein industrielles Landwirtschaftsmodell, das auf dem intensiven Einsatz synthetischer Betriebsmittel und fossiler Brennstoffe sowie grossflächigem Monokulturanbau beruht. Das hat sich schon längst als umwelt- und sozialschädlich erwiesen.

Quelle: Infosperber vom 26.7.2023

IWF und Weltbank stellen der Ukraine ein Ultimatum

«Da bahnt sich eine Katastrophe für die Kleinbauern an», erklärte Viktor Scheremeta, Vorsitzender des ukrainischen Kleinbauern-Verbandes, gegenüber der NZZ, die am 20. August auf einer ganzen Seite über die fragwürdige Entwicklung informierte.

Im Jahr 2001 habe die Ukraine gegen Landkäufe ein Moratorium verhängt. «Auf Drängen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds IWF und der Europäischen Entwicklungsbank», wie die «NZZ am Sonntag» schrieb, «wurde das Moratorium im Jahr 2020 aufgehoben». Seither erlaube das Gesetz ausländischen Konzernen und ukrainischen Investoren, grosse Landflächen zu kaufen.

Die Zeitung zitierte Viktor Scheremeta: «Die Aufhebung des Moratoriums war die Bedingung dafür, dass die Ukraine [von den internationalen Finanzinstitutionen] Kredite erhält.» Das war ein erpresserisches Ultimatum. [...]

Die «NZZ am Sonntag» zitierte die ukrainische Nationale Akademie der Wissenschaften: «Heute kämpfen und sterben Bauern und Bäuerinnen im Krieg. Sie haben alles verloren. Die Prozesse des freien Landverkaufs und -kaufs werden zunehmend liberalisiert und beworben. Dies bedroht die Rechte der Ukrainer auf ihr Land, für das sie ihr Leben geben.»

Der Kleinbauern-Vorstand Viktor Scheremeta sieht die Zukunft düster: «Wenn die Kleinbauern von der Front zurückkommen und realisieren, dass sie gegen die grossen Konzerne keine Chance mehr haben, wird der Protest nicht mehr friedlich sein, sondern radikal. Denn dieses Land gehört unseren Kindern und Enkeln.»

Das Oakland Institute empfiehlt, den Agrarsektor nach dem Krieg umzugestalten: Man solle dann in erster Linie diejenigen Bauern unterstützen, welche die ukrainische Bevölkerung ernähren, und nicht etwa exportorientierte Konzerne. Doch das ist Wunschdenken: Die Leasingverträge hätten eine Laufzeit von 49 Jahren, sagt Scheremeta. «Diese werden wir nicht rückgängig machen können.»

Quelle: Infosperber vom 29.8.2023

Demagogie, Propaganda und Lügen im Ukraine-Krieg – auf allen Seiten

von Leo Ensel

Das erste Opfer im Kriege – Über Genozide, Entnazifizierungsaktionen, Vernichtungskriege und Opferkonstruktionen

Nicht umsonst lautet ein bekanntes Sprichwort: „Das erste Opfer in einem Krieg ist immer die Wahrheit!“ Kriegszeiten sind Zeiten der Desinformation, der falschen Erzählungen, der verdrehten Worte, aus denen sich propagandistisches und politisches Kapital schlagen lässt. Vulgo: Zeiten der Lüge. Und zwar auf allen Seiten.

„Genozid“

Kommen wir zunächst zur Seite des Aggressors. Hier fuhr Präsident Putin von Beginn an die schärfsten politischen Geschütze auf, die die russische Propaganda im Angebot hat. Im Donbass sollte angeblich ein „Genozid“ an der dortigen russischen oder mit Russland sympathisierenden Bevölkerung – ja, was eigentlich? – beendet oder wenigstens verhindert werden. Ziel der „Militäroperation“ gegen die Ukraine sei es, so Putin, diese zu „entnazifizieren und entmilitarisieren“.

An dieser Argumentation stimmt am ehesten noch das letzte Wort. Ansonsten ist so gut wie alles falsch!

Leider muss man dem russischen Präsidenten gegenüber fairerweise einräumen, dass zumindest der Missbrauch des Wortes „Genozid“ durchaus nicht auf seinem Mist gewachsen ist. Der Westen hat ihm auch hier – wie bei dessen vergeblicher „Regime Change-Operation“ in der Ukraine – bereits vor Jahrzehnten eine Steilvorlage geliefert: im unsäglichen Auschwitzvergleich, mit dem der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer seiner Partei, den GRÜNEN, und der nicht gerade kriegslüsternen deutschen Öffentlichkeit im Frühjahr 1999 den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien schmackhaft gemacht hatte. – Schauen wir uns den Genozid-Vorwurf genauer an.

Unternimmt man die etwas zynisch anmutende Gedankenoperation, die Begriffe „Kriegsopfer“, „Massaker“ und

„Genozid“ auf einer Ordinalskala mit fließenden Übergängen anzuordnen, so lässt sich folgendes konstatieren: In jedem Krieg kommen Menschen, in der überwiegenden Mehrzahl Zivilisten, ums Leben: Kriegsopfer, mal als sogenannte „Kollateralschäden“ – eine ebenfalls originär westliche Wortkreation – billigend in Kauf genommen, mal als Terrorakte zur Einschüchterung der Bevölkerung von den Tätern bewusst intendiert.

„Massaker“ sind Aktionen punktueller Massenmorde, wie sie beispielsweise die Einsatzgruppen der SS 1942/43 im Rahmen des sogenannten „Antipartisanenkampfes“ in hunderten weißrussischen Dörfern oder amerikanischen GIs im vietnamesischen My Lai verübten.

Selbst die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki könnten wohl noch unter diesem Begriff klassifiziert werden. Beim Begriff „Genozid“ („Völkermord“) liegt die Messlatte allerdings sehr hoch. Immerhin geht es hier definitionsgemäß um die Ausrottung – oder jedenfalls deren Versuch – eines ganzen Volkes bzw. einer Volksgruppe oder, wie man heute eher sagen würde, einer gesamten Ethnie.

Hiervon könnten, sofern sie dazu noch in der Lage wären, zum Beispiel die amerikanischen Ureinwohner fast sämtlicher Stämme, die Hereros in Namibia, die Armenier im Osmanischen Reich und die europäischen Juden ein infernalisches Lied singen.

Bezogen auf den Donbass steht OSZE-Angaben zufolge fest, dass der Krieg, den die Kiewer Zentralmacht, Seite an Seite mit rechtsextremen Freikorpsverbänden, seit April 2014 (!) gegen die von Russland clandestin oder offen unterstützten Rebellenrepubliken Donezk und Lugansk führt, bereits im Herbst 2021 rund 14.000 Menschen das Leben gekostet hatte.

Darunter um die 3.400 Zivilisten. Auszuschließen ist, wie bei allen Kriegen, ebenfalls nicht, dass es hierbei auch zu lokalen Massakern an der Zivilbevölkerung gekommen sein mag. Ein schreckliches Massaker an der russischstämmigen ukrainischen Bevölkerung steht jedenfalls zweifelsfrei fest: Das Massaker in Odessa vom 2. Mai 2014, bei dem ‚prorussische Demonstranten‘ von militanten ‚pro Maidan-Aktivisten‘ in das dortige Gewerkschaftsgebäude getrieben wurden, das anschließend in Brand gesetzt wurde.



Screenshot aus dem Dokumentarfilm:
„Remember Odessa“ von Wilhelm Domke-Schulz

Mindestens 50 ‚prorussische Demonstranten‘ kamen bei dieser „Aktion“ ums Leben, die meisten verbrannten lebendigen Leibes oder erstickten, andere stürzten sich aus den Fenstern in den Tod, während Ukrainer draußen das Gebäude abriegelten.

Bis heute sind weder die näheren Umstände offiziell aufgeklärt noch die Täter zur Rechenschaft gezogen. In der westlichen Berichterstattung ist immer noch, wenn überhaupt, von diesem Massaker bestenfalls am Rande die Rede.

Lässt sich aus alledem folgern, im Donbass habe ein „Genozid“ stattgefunden oder dieser habe zumindest für den Fall einer Rückeroberung durch die Kiewer Zentralgewalt gedroht?



Massenerschießungen von jüdischen Frauen in der Ukraine, Quelle: Wikipedia

Auch wenn im letzteren Falle schreckliche Massaker an der Zivilbevölkerung, nicht zuletzt durch ultranationalistische Paramilitärs, zumindest nicht ausschließen gewesen wären, halte ich den Begriff „Genozid“ hier für entschieden zu hoch gegriffen. (Einzuräumen ist allerdings, dass die sehr weite völkerrechtliche Definition des Begriffes „Genozid“ zum inflationären Gebrauch förmlich einlädt: Allein die, ihrerseits schwer nachweisbare, Ausrottungsabsicht reicht – unabhängig von der tatsächlichen Anzahl der Opfer!)

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass dieser Begriff von russischer Seite bereits im Sommer 2008 bemüht wurde, als georgische Truppen die abtrünnige Region Südossetien angegriffen hatten. Der georgische Angriff hatte damals 162 Menschen der südossetischen Bevölkerung das Leben gekostet, was aber bei allem Kriegsleid den Begriff „Genozid“ keineswegs rechtfertigt. (Das Gleiche gilt vice versa auch für die Ereignisse in Butscha, die der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ebenfalls zu Unrecht einen „Völkermord“ nennt.)

„Entnazifizieren“

Neben einer „Entmilitarisierung“ des Landes und der Beendigung bzw. Verhinderung eines angeblichen „Genozids“, ist laut Putin das Ziel der russischen Invasion in die Ukraine, diese zu „entnazifizieren“. Insbesondere die Regierung um den gegenwärtigen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj hat er mehrfach als eine „Bande von Drogenabhängigen, Neonazis und Terroristen“ bezeichnet. – Was ist von diesem Vorwurf zu halten?

Zweifellos spielten bei dem gewaltsa-

men Umsturz vom 22. Februar 2014 auf dem Kiewer Euromaidan bewaffnete ultranationalistische Gruppierungen aus der Westukraine eine entscheidende – möglicherweise die entscheidende – Rolle.

Und in der postwendend verfassungswidrig installierten Umsturzregierung unter Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk – das von der Verfassung für die Absetzung eines Präsidenten vorgeschriebene Quorum wurde verfehlt und der auch nach westlichen Standards demokratisch gewählte Präsident Wiktor Janukowitsch war unter dem Druck der Ereignisse geflohen – befanden sich drei Minister mit rechtsextremem Hintergrund.

Dennoch war die russische Bezeichnung der „Kiewer faschistischen Putsch-Junta“ propagandistisch überzogen. (In Russland weiß man sehr genau, dass man die Legitimation der eigenen Bevölkerung für noch so fragwürdige Militäreinsätze am ehesten erhält, wenn diese sich gegen tatsächliche oder angebliche Faschisten richten.)

Der gegenwärtige ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ist jedenfalls in den unter Kiewer Kontrolle stehenden Gebieten der Ukraine demokratisch gewählt und definitiv kein Nazi. Ihm die Legitimation abzusprechen, weil im Februar 2014 ein Putsch verübt wurde – er also ein indirekter Erbe dieses gewaltsamen Umsturzes ist –, das wäre von derselben schrägen Logik, wie wenn man die Legitimität der Präsidentschaft Wladimir Putins ausgerechnet mit dem Argument infragestellen würde, dass dessen Vorgänger Boris Jelzin ja im Herbst 1993 gegen das eigene Parlament geputscht hatte, um seine Macht zu sichern!

Nach wie vor gibt es vor allem in der Westukraine, nicht zuletzt auf dem Hintergrund der Bandera-Tradition, ultrarechte Gruppierungen, die mit der Naziideologie sympathisieren und als paramilitärische Söldnerbanden am Krieg gegen die Rebellenrepubliken im Donbass maßgeblich beteiligt waren. Analoge Gruppierungen gibt es aber – siehe Prigoschins Privatar-

mee mit dem bezeichnenden Namen „Wagner“, die sich in Habitus und Skrupellosigkeit von ihren ukrainischen Asow-Kontrahenten kaum unterscheidet – auch in Russland. Aber eine externe Militärangriff wäre in beiden Fällen das denkbar ungeeigneteste Mittel, sie aus der Welt zu schaffen.

„Vernichtungskrieg“

Der zweifelhafte Umgang mit der Wahrheit ist allerdings durchaus kein Privileg Wladimir Putins. Auch die Ukraine und der Westen bedienen sich Argumentationen, die man guten Gewissens als demagogisch bezeichnen kann.

So wird seit Frühjahr letzten Jahres immer wieder in Kiew erklärt – und von den deutschen Leitmedien begierig nachgebetet –, Russland führe gerade einen „Vernichtungskrieg“ gegen die Ukraine. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz griff vor einem Jahr in einer Rede die Formel von „Russlands grausamem Angriffs- und Vernichtungskrieg“ dankbar auf.

Die Verwendung dieses Begriffes ist schlichter Etikettenschwindel – selbst wenn man, zu Recht oder zu Unrecht, unterstellt, Putins Ziel sei es, die Ukraine als Staat zu zerschlagen. Was ein veritabler „Vernichtungskrieg“ ist, das haben Wehrmacht und SS zwischen 1941 und 1944 während des deutschen Überfalles auf die Sowjetunion unter Beweis gestellt.

Dieser Krieg war von Anfang an als Krieg gegen weite Teile der Zivilbevölkerung geplant. Laut Himmler sollte die sowjetische Bevölkerung um 30 Millionen Menschen – die meisten via Hungertod – dezimiert werden. (Ein national-sozialistisches Planziel, das die Aggressoren mit fast 27 Millionen Toten annähernd erreicht haben.) Allein die Zahl der jüdischen Opfer bei den systematischen Massenerschießungen durch die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD belief sich in jedem weißrussischen oder ukrainischen Kuhkaff auf Ziffern im mindestens vierstelligen Bereich.

Wieviele Opfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung der russische Angriffskrieg bislang auch immer gefordert haben mag – laut Zählungen der

UN (Stand: 7. Juli 2023) wurden mehr als 9.000 Personen registriert –, mit den systematischen Ausrottungsaktionen der deutschen Besatzer in der Sowjetunion können sie keinesfalls unter demselben Begriff klassifiziert werden!

Und so man wird den Eindruck nicht los, dass bei dieser Gelegenheit mit der gegenwärtigen Verwendung des Begriffes „Vernichtungskrieg“ und der neuerdings so beliebten Gleichung „Putin ist Hitler“ auf recht billige und komfortable Weise die deutsche Vergangenheit entsorgt werden soll ...

Holodomor und Holocaust oder: Nur ukrainische Opfer? – Die Ukrainer nur Opfer?

Ebenso übernimmt man hierzulande völlig unkritisch den ukrainischen Vorwurf, Russland sei für den „Holodomor“ – die um die drei Millionen ukrainischen Hungertoten 1932/33 im Zuge der Zwangskollektivierung – verantwortlich.

Hier handelt es sich um einen in den meisten postsowjetischen Ländern mittlerweile äußerst beliebten geschichtsrevisionistischen Narrativ, den ich in anderem Zusammenhang einmal etwas akademisch-sperrisch als „posthume Renationalisierung der Sowjetgeschichte“ bezeichnet habe und der auf folgenden simplen Satz hinausläuft: Schuld am Kommunismus waren immer nur die Russen!

Nicht Vertreter einer bestimmten Ideologie – Bolschewiki, Kommunisten oder der KGB – waren also dieser Argumentation zufolge die Täter, sondern Vertreter einer bestimmten Nation.

Dasselbe gilt für die Opfer: Opfer waren nicht Kulaken, Kleinbauern, Adlige, Priester, Dissidenten, unliebsame Wissenschaftler und Künstler, sondern schlicht alle Völker der ehemaligen Sowjetunion – außer den Russen!

Wie voluntaristisch diese Konstruktion ist, zeigt sich nicht zuletzt bezogen auf die genannte Hungerkatastrophe Anfang der Dreißiger Jahre. Gehungert wurde nämlich auch außerhalb der Ukraine: Nicht zuletzt in den fruchtbaren Kuban- und Schwarzerdegebieten, im Nordkaukasus und in Kasachstan. Auch Russen sind dieser staatlich induzierten Hungerkatastrophe zu Hunderttausenden zum Opfer gefallen.

Der Hauptverantwortliche für die Millionen Hungertoten, ein gewisser Josif Wissorjanowitsch Stalin, war übrigens – wie sein enger Mitarbeiter, der Leiter der gefürchteten Geheimdienste, Lawrenti Berija – gar kein Russe, sondern Georgier! – Kurz: Die ganze Argumentation stimmt hinten und vorne nicht. Sie wird nicht dadurch besser, dass der Westen sie auch noch nachbetet.

Auf ähnlich fragwürdige Weise werden seit Kriegsbeginn nun die ukrainischen Holocaust-Opfer für eine angebliche besondere deutsche Verantwortung der Ukraine gegenüber in Anspruch genommen. Ja, auf dem Gebiet der heutigen Ukraine haben die Einsatzgruppen C und D der SS unter tatkräftiger Unterstützung der Wehrmacht grausigste Massaker an der jüdischen Bevölkerung verübt – unter anderem in Babij Jar im Norden von Kiew, Kamanezk-Podolsk und Odessa –, denen insgesamt Hunderttausende ukrainische Juden zum Opfer fielen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht im Juni 1941 in nahezu ganz Ostgalizien, der heutigen Westukraine, zu brutalsten blutigen Pogromen der ukrainischen Bevölkerung an den ortsansässigen Juden kam, denen allein in Lemberg

(Lviv) um die 4.000 Juden zum Opfer fielen, die allerdings weder Präsident Selenskyj noch seine Verbündeten im Westen auch nur mit einem Wort erwähnen.

Statt dessen führt man die jüdischen Holocaust-Opfer lieber dann ‚ins Feld‘, wenn, wie im März letzten Jahres, ausgerechnet in der unmittelbaren Umgebung von Babij Jar, wo Ende September 1941 Einsatzgruppen der SS mit logistischer Unterstützung durch Wehrmacht und ukrainische Hilfspolizisten innerhalb von zwei Tagen 33.771 Juden erschossen hatten, ein Kiewer Rundfunksender von russischen Granaten getroffen wird.

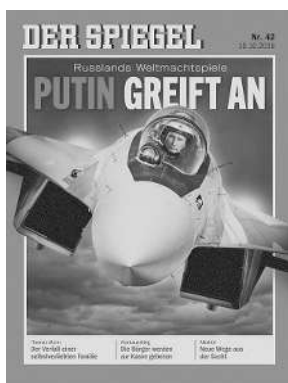
Andriy Yermak vom ukrainischen Präsidialamt tönte vollmundig auf Twitter: „Diese Verbrecher töten zum zweiten Mal die Opfer des Holocaust.“ Später legte man noch einen drauf. Nun hieß es: „Die ganze Ukraine ist jetzt zu Babij Jar geworden!“

Es ist halt immer bequemer, Opfer zu sein!

Kommen wir zum Schluss zu unserem Ausgangspunkt zurück: Kriegszeiten sind Zeiten der Demagogie, der falschen Erzählungen, der Lügen. Zur Deeskalation gehört auch das mühsame Geschäft, sie richtigzustellen. Beliebt macht man sich damit weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Dr. Leo Ensel („Look at the other side!“) ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Postsowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Im Neuen West-Ost-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative, der Deeskalation und der Rekonstruktion des Vertrauens. – Der Autor legt Wert auf seine Unabhängigkeit.

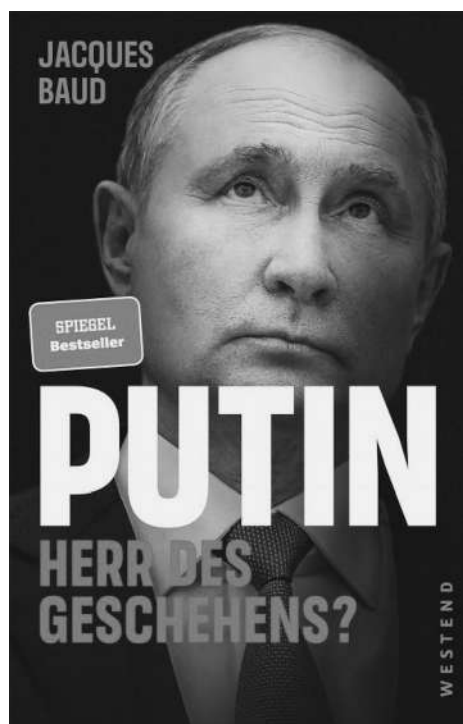
Der Beitrag erschien zuerst am 17.7.2023 auf www.globalbridge.ch



Spiegel-Cover
Von links nach rechts:
10.3.2014
28.7.2014
10.10.2015
22.1.2022

Ukraine-Konflikt: Appell für Fakten und Dialog statt Schuldzuweisungen

Jacques Baud: *Putin – Herr des Geschehens?* - Westend-Verlag, 1. Auflage 2023, 313 Seiten, € 26,-



Eine mediale Begleiterscheinung des Ukraine-Krieges ist der stark eingeschränkte Debattenraum. Von den Leitmedien abweichende Standpunkte werden sofort in die Schublade „Putin-Versteher“ gesteckt. Es ist die Fixierung auf Putin – die bereits vor dem 24. Februar 2022 vorhanden war – die den russischen Präsidenten zum Alleinverantwortlichen für den russischen Angriff auf die Ukraine macht.

Transportiert wird das bereits vor der Ukraine-Krise 2014 vorhandene Feindbild über vermeintliche Experten, deren Zahl in den Leitmedien allerdings sehr begrenzt bleibt. Ausgegrenzt werden hingegen Personen, die nicht die gängigen Narrative bedienen, sondern ein hohes Maß an Detailwissen und eine politisch unvoreingenommene Sichtweise einbringen.

Politisch unverdächtig sind vor allem frühere Militärs und Geheimdienst-Analysten. Eine herausragende Stellung nimmt dabei Jacques Baud ein. Er arbeitete als Analyst für den Schweizer Strategischen Nachrichtendienst und leitete die Doktrin für friedenserhaltende Operationen der UNO. Dabei war er auch an

NATO-Missionen in der Ukraine beteiligt. Interessant ist, dass er sich in einem kürzlichen Interview als unpolitisches Menschen bezeichnete. Seine Stimme findet man jedoch in deutschen Leitmedien vergeblich und mittlerweile auch in den Schweizer Leitmedien kaum.

Das bereits 2022 auf französisch erschienene Buch liegt seit Juni 2023 aktualisiert in deutscher Übersetzung vor. Der Buchtitel führt zurück auf eine Fernsehsendung des französischen Kanals France 5 unter dem Titel „Putin, Herr des Geschehens“, die den Eindruck vermittelte, dass die russische Politik vom „Herrn des Kreml“ betrieben wird. Diese Sichtweise ist auch in Deutschland längst gängiges Narrativ - lange vor dem 24.2.2022.

In der Einleitung heißt es: *„Das Ziel dieses Buches ist es nicht, zu einer bestimmten Politik oder einem bestimmten Land Stellung zu beziehen, sondern auf Fakten gründen sollten. Im Jahr 2023 kommt es zu einem Paradoxon: Diejenigen die glauben, dass man Russland nur negativ bewerten darf, haben die Ukraine in die Katastrophe gestürzt“.*

Letzteres wurde wohlgermerkt noch vor der gescheiterten militärischen Sommeroffensive der Ukraine verfasst.

Jacques Baud verweist aufgrund seiner früheren Tätigkeit darauf, dass strategische Nachrichtendienste, die für politische Entscheider die Weltlage analysieren, zu fast 95 Prozent mit offenen Informationsquellen arbeiten, also mit unseren Medien. Der Autor verwendet deshalb auch nach seinen Angaben ausschließlich westliche Quellen, *„häufig Traditionsquellen, offizielle Quellen oder solche, die auf einem Gebiet maßgebend sind“.*

Das Buch verfolgt zwei vom Autor definierte Ziele, *„nämlich aufzuzeigen,*

- dass unsere Vorurteile nicht der Realität entsprechen;

- dass Entscheidungen, die auf unseineren Vorurteilen beruhen, das Gegenteil von dem bewirken, was wir eigentlich wollen“.

Allen Abschnitten des Buches, die sich u.a. mit Putins Außenpolitik, der Energiekrise 2021, der Lage in Russland und der Strategie des Westens befassen, sind konkrete Fragen als Überschriften vorangestellt, die sich meist direkt auf Putin beziehen. Beispiele: *„Versucht Wladimir Putin den Westen zu spalten? - Ist Russland eine Diktatur? - Ist Wladimir Putin korrupt?“*

Mit klaren Fakten kann der Autor beispielsweise zeigen, dass die gängige Darstellung einer Intervention russischer Truppen im Donbass 2014 nicht stimmt, wobei er sich auch auf direkte Geheimdienstquellen berufen kann.

Ein Fazit des Autors ist, dass die Fixierung auf Putin von „Faktencheckern“ und Journalisten statt einer ganzheitlichen Sicht der Konfliktlage paradoxerweise nur dessen Autorität stärkt.

Als Fazit zum Inhalt des Buches lässt sich festhalten: Es lohnt sich, nicht nur dieses Kompendium mit allen Fragen und den faktenbasierten Antworten zu lesen, sondern auch die aktuellen Beiträge des Autors zu verfolgen, die in Interviewform auf Internetplattformen wie den Nachdenkseiten oder dem Overton-Magazin zu finden sind. Wer sich nicht zum Kauf des Buches entschließen kann, findet dort auch einzelne Buchauszüge zum Probelesen.

Leider vermittelt das Buch auch eine eher pessimistische Perspektive auf das Ende des Krieges in der Ukraine. Wo Unwissenheit vorherrscht, führt dies zwangsläufig zu Vorurteilen und falschen Wahrnehmungen. Nur so lassen sich weitere Waffenlieferungen an die Ukraine rechtfertigen.

Karl-Heinz Peil

Rechtsoffenheit: Kampfbegriff oder reales Problem?



Am 29.8.2023 fand ein Webinar der *Ukraine-Initiative – Die Waffen nieder* statt, mit etwa 430 Teilnehmenden. Vorab war bereits ein Diskussionspapier verteilt worden, das einleitend von Jutta Kausch-Henken und Peter Wahl erläutert wurde. Anschließend wurde dieses von Uwe Hicks seitens der Naturfreunde Deutschlands kritisch kommentiert, trotz seiner Zustimmung bei wesentlichen Passagen. Als Gegenpart fungierte Mona Aranea, Sprecherin des Friedensbündnisses NRW und Mit-Organisatorin der Anti-Siko-Demo „*Macht Frieden*“ in München, die mit 20.000 Teilnehmenden am 18.2.2023 erheblich mehr Menschen mobilisierte als das klassische Anti-Siko-Bündnis mit 3.000 Teilnehmenden.

Die Diskussionsbeiträge im Webinar waren kontrovers und ergaben sich im wesentlichen aus der nach wie vor unscharfen Verwendung des Begriffes „rechtsoffen“, was z.B. auch auf den Umgang mit den friedenspolitischen Positionen aus der Partei *dieBasis* Rückwirkungen hat.

Nachfolgend ein Auszug aus dem Diskussionspapier:

Praktische Konsequenzen

Die Erfolge der AfD sind ein ernstes Problem. Hinzu kommt für die Friedensbewegung die Schwierigkeit, dass die AfD – anders als die postfaschistische Regierungschefin Italiens, die stramm auf NATO-Linie liegt -, für den Stopp von Waffenlieferungen und Sanktionen sowie einen Verhandlungsfrieden mit Russland eintritt. Das tut sie nicht aus anti-militaristischen oder friedenspolitischen Motiven. Denn abgesehen davon,

dass sie damit Protest gegen den regierungsamtlichen Bellizismus auf ihre parteipolitischen Mühlen lenken will, setzt sie sich zugleich für Aufrüstung und eine starke Bundeswehr ein.

Es ist klar, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD, ihren Unterorganisationen und ihren Funktionären gibt. Das gleiche gilt für Kräfte, die gezielt eine Querfront zwischen der extremen Rechten und Linken propagieren, wie Jürgen Elsässer mit seiner Zeitschrift „*Compact*“. Entsprechendes gilt natürlich für andere Rechtsextreme (NPD, ihre Nachfolgeorganisation etc.).

Keine Zusammenarbeit heißt: keine gemeinsamen Aufrufe bei Straßenaktionen, keine Redebeiträge von rechtsextremen Personen, die Unterbindung – soweit möglich – von entsprechenden Transparenten und Symbolen, bei Publikationen und Online-Medien keine Auftritte in AfD-Medien.

Schwieriger ist die Situation bei Podiumsdiskussionen/Talk-Shows, die von dritter Seite organisiert werden. In diesem Fall ist eine Teilnahme legitim, um der AfD u.ä. nicht das Feld zu überlassen. Dabei muss auf die Motive der extremen Rechten hingewiesen und das eigene Profil in deutlicher Abgrenzung herausgestellt werden.

Die Friedensbewegung darf sich nicht instrumentalisieren lassen, auch nicht von politischen Parteien für ihre Wahlkampagnen. Natürlich ist es gut, wenn Mitglieder aus Parteien, die nicht unter die o.g. Kriterien für Rechtsextremismus fallen, die Friedensbewegung unterstützen. Doch die Friedensbewegung muss stets unabhängig sein und ihr eigenes Profil immer deutlich herausstellen.

Es hat sich eine Protestlandschaft entwickelt, die in vielen Fällen keine Instrumentalisierung der Friedensfrage anstrebt, sondern friedenspolitisch motiviert ist. Damit sind jene Kräfte gemeint, die oben als politisch nicht determiniert skizziert wurden. Es sind Einzelpersonen, aber auch orga-

nisierte Bürgerinitiativen, die ihre Wurzeln ursprünglich in anderen Themen haben, z.B. den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen. Kooperation mit solchen Gruppen und Menschen unter der Voraussetzung klarer Absprachen über Inhalte und Formen einer gemeinsamen Aktion sind dabei notwendig. So wie eine katholische Organisation zur Zusammenarbeit willkommen ist, solange sie andere nicht zur unbefleckten Empfängnis Mariä bekehren will, so ist ein anthroposophischer Impfgegner willkommen, solange er sich auf gemeinsame friedenspolitische Positionen konzentriert.

Es werden sich nicht alle Eventualitäten vorab in Regelungen erfassen lassen. Daher ist die ständige Überprüfung von Erfahrungen mit der hier umrissenen Strategie und Taktik notwendig, um ggf. Korrekturen vornehmen zu können. Das bedeutet allerdings nicht, sich auf Methoden einzulassen, mit denen in geradezu geheimdienstlicher Manier vermeintlich verdächtigen Kontakten nachgespürt wird, um sie dann bei passender Gelegenheit zu skandalisieren. Damit wird ein Klima des Verdachts und der Denunziation erzeugt. Zumal die dabei gewonnen „Erkenntnisse“ sich immer mal wieder als Fake herausstellen.

Konfrontative Abwehr gegen alles, was nicht die – wie immer definierte – reine Lehre ist, endet letztlich in sektenhafter Selbstisolation von den Realitäten unserer Gesellschaft. Eine Zusammenarbeit mit Kräften, die die Anliegen der Friedensbewegung teilen und nicht dem faschistischen/rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind, sollte deshalb angestrebt werden, wenn wir breitere Kreise der Gesellschaft, die jüngere Generation und die bitter notwendige politische Wirkung erreichen wollen.

Das komplette Diskussionspapier ist abrufbar unter:

https://nie-wieder-krieg.org/2023/08/24/diskussionspapier_rechtsoffenheit/

Ein Sonderdruck ist geplant (Anfragen dazu an die Redaktion.)

An die Adresse der Bundesregierung: Streubombeneinsatz stoppen!

Text eines Flyers des Bremer FriedensForums

Streubomben – Einziges Ziel: Massentötung von Zivilisten

Streubomben enthalten eine Vielzahl von Kleinbomben, die nach Freisetzung weit verstreut detonieren. Sie werden, ihre einzige Bestimmung, zur großflächigen Vernichtung von Menschenansammlungen vor allem in Wohngebieten eingesetzt, unterscheiden nicht zwischen Soldaten und Zivilisten. Sie töten unterschiedslos, töten und verstümmeln dabei Frauen, Kinder, Berufstätige und Alte, auch die Haustiere, alles Lebendige.

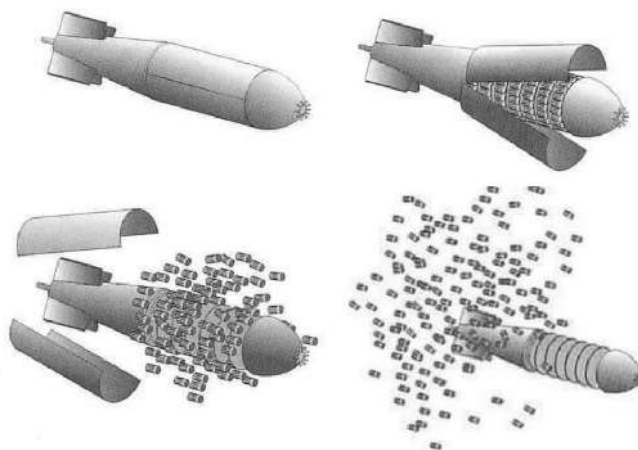
Die zahlreichen Blindgänger töten und verstümmeln noch nach Jahren und Jahrzehnten Zivilisten (Vietnam, Irak, Syrien), häufig spielende Kinder. Schweres Gerät wie Panzer, Befestigungen oder Gebäude lassen sie weitgehend intakt.

Genau deshalb sind sie seit 2008 von über 100 Staaten als barbarisch geächtet worden, der damalige Außenminister Frank Walter Steinmeier unterschrieb seinerzeit für Deutschland das Abkommen, Erstunterzeichner(!) war der damalige Norwegische Ministerpräsident und heutige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Die USA, Kopf der NATO, liefern jetzt diese Mordwerkzeuge gegen die Zivilbevölkerung an die Ukraine, die Bundesregierung äußert „Verständnis“, soviel zu ihrem Kampf für Demokratie und Menschenrechte. Der Ukraine-Krieg spielt sich hauptsächlich in den Wohngebieten, Städten wie Dörfern ab, vorwiegend im Donbass.

Was bedeutet das? Dort lebt die ethnisch und kulturell überwiegend russisch geprägte Minderheit, die sich seit dem gewaltsamen Umsturz in Kiew 2014 dem Kurs der Politik der Eliminierung alles Russischen aus dem Leben der Ukraine widersetzt. Damals begann ein blutiger Bürgerkrieg, ab Februar 2022 der Krieg letztlich zwischen NATO und Russland.

Ist es das Ziel, mittels Streumunition

diese „Separatisten“-Gebiete zu entvölkern? Wie lange noch wird durch



immer weitere Eskalation das Sterben verlängert und vervielfacht und mit heuchlerischen Phrasen gerechtfertigt? Stopp der Waffenlieferungen! Sofortige Verhandlungen ohne Vorbedingung.

Wie lange soll das noch so weitergehen?

Die Regierung der Ukraine erhält von den USA Streubomben.

Im Körper jeweils einer Streubombe sind dutzende kleine Bomben enthalten, die dann über eine große Fläche verteilt einschlagen und explodieren. Oder auch nicht.

Im Kampfgeschehen richten sie nur wenig Schaden an.

Je nach Bauart sind es 15% bis 30% der kleinen Bomben, die nicht explodieren. Sie bleiben im Boden liegen und können noch Jahrzehnte später explodieren, z.B. wenn Kinder sie finden und damit spielen. Oder bei der Garten- und Feldarbeit. Sie töten, verletzen, verstümmeln unzählige Menschen, die dort leben. 70% der Opfer sind Kinder.

Eine große Zahl von Staaten haben sich 2008 geeinigt, dass solche Munition nicht mehr eingesetzt werden soll. Und Deutschland? Als Bundespräsident Steinmeier noch Außenminister

war, hat er für Deutschland dieses Abkommen gegen den Einsatz von Streumunition unterschrieben. Deshalb wurde er gefragt, wie er zur Lieferung der USA an die Ukraine steht. Setzt er sich dafür ein, dass diese Munition nicht geliefert wird? Im Gegenteil. Er meint, die Ächtung von Streubomben sei richtig, aber die Ukraine müsse sich verteidigen.

Für Deutschland gilt das Abkommen als Völkerrecht. Die Regierung könnte eingreifen und den USA verbieten, solche Munition über Deutschland in die Ukraine zu bringen. Bringt das was? Ja, denn die Transporte des US Militärs für Europa laufen über ihre Air Base in Ramstein. Und die Logistikzentrale für den Transport ist in Wiesbaden.

Ja, Herr Steinmeier, damit würde die deutsche Regierung „den USA in den Arm fallen“. Sie würde tun, wozu sie sich mit der Unterschrift unter das Abkommen verpflichtet hat und verhindern, dass die Bevölkerung in den heute umkämpften Gebieten in der Ukraine auf Jahrzehnte mit der Gefahr der Streumunition leben muss.



Ein US-amerikanisches BLU-3-Bomblet aus der Zeit des Vietnamkriegs (Ananasbombe), Quelle: Wikipedia

Ukraine-Krieg: Offene Fragen oder erbitterte Kontroversen?

aus dem Gesprächskreis «Frieden und Sicherheitspolitik» der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das einigende Band von Friedensbewegung und dem Frieden verpflichteter Wissenschaft war die Kritik an Militarismus und Krieg. Dieses Band ist gerissen. Porös war es schon vor dem 24. Februar 2022 geworden. Den Belastungen des Krieges hat es dann nicht mehr standgehalten. Das beobachten wir derzeit im Umfeld von sich früher als links verortender Politik und Wissenschaft. [...]

Namentlich in Kontroversen der Linkspartei gelten «alte Gewissheiten» als das entscheidende Hindernis für (Wahl-)Erfolge. Die Partei müsse die «Höhe der Zeit» erklimmen. «*Unsere Programmaussage zur NATO ist von der Zeit überholt*», stellt etwa die ehemalige Parteivorsitzende Katja Kipping gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (26.3.2023) begründungsfrei fest.

Für Horst Kahrs, Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und Klaus Lederer, bis vor Kurzem Berlins Kultursenator, zeugt das «*Hochhalten sehr abstrakter, unterkomplexer friedenspolitischer Grundsätze und die daraus abgeleitete prinzipielle Ablehnung des Einsatzes des deutschen Militärs*» von der Unfähigkeit, von «*liebgewonnenen Freund-Feind-Bildern und fragwürdigen Kausalitätsmustern Abstand zu nehmen*». In der Öffentlichkeit

bleibe der Eindruck «*der rhetorischen Nähe zu mancher Parole der Kreml-Propaganda hängen*»

[...] Wir hatten eingangs die Frage nach Erklärungen aufgeworfen, warum links verortete Politiker*innen einen Seitenwechsel von Ablehnung der NATO und von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete auf Zustimmung zu beidem und zur Selenskyj-Formel von einem Siegfrieden vollzogen haben.

Das mag an einer Einschätzung des Charakters des Krieges liegen. Er wird als «innerimperialistisch» bezeichnet, wobei der eine Imperialismus genauso verwerflich sei wie der andere. Er wird personalisiert als Putins Krieg, obwohl doch allseits aus der Friedens- und Konfliktforschung bekannt ist, dass Personalisierungen lediglich ein Feindbild schüren, statt den Boden für Konfliktlösungen zu bereiten.

Einmal beim Feindbild gelandet, wird es ausgemalt etwa als «paranoid anmutende Positionen Putins und Lawrows», deren Einlassungen zudem mit der Hybris verbunden (seien), «*dass man sich dem westlichen Kolonialismus als Retter der Menschheit entgegenstellen müsse. Verfolgungswahn mischt sich mit Größenwahn.*»] Ohne es explizit aussprechen zu müssen, liegt

die Schlussfolgerung auf der Hand: Mit Wahnsinnigen kann man nicht verhandeln.

Die Alternative dazu ist, auf die Kräfte des Friedens zu schauen: Druck auf Verhandlungen, Stopp jeglicher Waffenlieferungen aus Deutschland in die Ukraine. Die NATO-Länder haben ihre potenziellen Vermittlungsrollen verspielt.

Deshalb Unterstützung und Verbreitung von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus anderen Ländern, wie jüngst den bemerkenswerten Appell «*The U.S. Should Be a Force of Peace in the World*», den hochrangige US-Diplomat*innen, Sicherheitsexpert*innen und ehemalige Militärs als ganzseitige Anzeige in der New York Times veröffentlichten, und der Initiativen des Papstes sowie von Regierungen aus Afrika, Brasilien, China. Und: Basisarbeit, aufklären, miteinander reden, raus auf die Straße, Politik aus den Hinterzimmern der Macht in die Öffentlichkeit holen.

Verfasser: Detlef Bimboes, Wolfgang Gehrcke, Angelika Haas, Karin Kulow, Norman Paech, Christiane Reymann, Werner Ruf, Arne Seifert, Jochen Scholz und Achim Wahl.

Vollständiger Text:
www.rosalux.de/news/id/50735

Stellungnahme der IALANA zur Lieferung von Streumunition an die Ukraine

Streumunition ist durch das am 1.8.2010 in Kraft getretene Übereinkommen zum Verbot von Streumunition von zahlreichen Staaten völkerrechtlich geächtet. Dieser völkerrechtliche Vertrag hat inzwischen 111 Mitgliedsstaaten. Weitere 13 haben unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Die hauptsächlichen Erzeuger- und Verwender-Nationen USA, Russland, China und Israel gehören dem Vertragswerk nicht an.

Die Ukraine zählt ebenfalls zu der Gruppe der Staaten, die diesem Übereinkommen nicht beigetreten ist. Weil eine einheitliche Staatenpraxis und auch die übereinstimmende Rechtsüberzeugung der Staaten fehlen, ist derzeit ausgeschlossen, dass das Übereinkommen zum Verbot von Streubomben zum Völkergewohnheitsrecht und damit für alle Staaten verbindlich geworden ist.

In dem Gutachten vom 8. 7. 1996 hat der Internationale Gerichtshof (IGH) festgestellt, dass nach den Prinzipien

und Regeln des für den bewaffneten Konflikt verbindlichen humanitären Völkerrechts Methoden und Mittel der Kriegsführung verboten sind, die jede Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Zielen ausschließen.

Das ist aber bei der Streumunition der Fall, weil sie einerseits beim Einsatz streut – also nicht präzise eingesetzt werden kann – und andererseits ein Teil der Submunition nicht explodiert, und somit zu Landminen wird, die nach Ende der Kampfhandlungen jahrelang eine erhebliche Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen.

Deutschland ist durch Art. 21 Abs. 2 des Übereinkommens zum Verbot von Streumunition verpflichtet, die Normen, die darin niedergelegt sind, zu fördern und sich nach besten Kräften zu bemühen, „Staaten, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, vom Einsatz von Streumunition abzubringen.“ Das bedeutet, dass die Bundesregierung völkerrechtlich verpflichtet ist, den USA bei der Lieferung und der Ukraine beim Einsatz von Streumunition „in den Arm zu fallen“.

Die vollständige Stellungnahme findet sich auf: <https://ialana.de>

Vor 60 Jahren: Kennedys Mahnung vor Kriegen im Atomzeitalter

von Joachim Guilliard

Vor fast genau 60 Jahren hielt US Präsident John F. Kennedy in Washington seine berühmte Rede zur „Strategie des Friedens“, die als einer der großen politischen Reden des 20. Jahrhunderts gilt und als Einleitung zu einer Entspannungspolitik, die bald auch von Willi Brandt, Egon Bahr und anderen westlichen Politikern aufgegriffen wurde.



Screenshot aus YouTube-Video:
Eröffnungsansprache an der American University in Washington am 10. Juni 1963

Hintergrund war seine Erfahrung in der sog. „Kuba-Krise“ im Herbst 1962, die entstand, als die Sowjetunion Atomwaffen in Kuba zu stationieren begann. Er konnte die von US-Seite schon vorbereitete militärische Eskalation bis hin zum Einsatz von Atomwaffen gegen die UdSSR gerade noch stoppen, indem er gegen den Rat seiner meisten Berater und des Pentagons, direkte Verhandlungen mit dem sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow aufnahm und mit ihm den Abzug der jeweiligen gegeneinander gerichteten Mittelstreckenraketen vereinbarte: die sowjetischen aus Kuba, die US-amerikanischen aus der Türkei.

Kennedys Rede drehte sich fast ausschließlich um ein Thema, „bei dem man“, wie er sagte, „zu oft auf Unwissenheit stößt und bei dem die Wahrheit zu selten erkannt wird, obwohl es sich bei ihm um das wichtigste Thema auf der ganzen Welt handelt: den Weltfrieden.“

Es gehe dabei „nicht um eine Pax Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird“ und auch nicht „um den Frieden des Grabes oder um die Sicherheit der Sklaven.“ Er „spreche von echtem Frieden“, fuhr der

Präsident fort, „von der Art Frieden, die das Leben auf Erden lebenswert macht, die Art, die Menschen und Nationen ermöglicht zu wachsen, zu hoffen und ein besseres Leben für ihre Kinder aufzubauen. Nicht nur Frieden für die Amerikaner, sondern Frieden für alle Männer und Frauen. Nicht nur Frieden in unserer Zeit, sondern Frieden für alle Zeiten.“

Er spreche vom Frieden, „weil sich das Gesicht des Krieges verändert hat“ erläuterte Kennedy und betonte: „Totaler Krieg ist in einem Zeitalter sinnlos, in dem Großmächte viele und relativ unbezwingbare Atomwaffen unterhalten können und sich weigern, ohne Einsatz dieser Waffen zu kapitulieren. Er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die Explosion einer einzigen Atomwaffe nahezu zehnmal so stark ausfällt wie die Waffen aller alliierten Luftstreitkräfte des Zweiten Weltkriegs zusammen.“

Der Präsident wies seine Landsleute daraufhin, dass „jedes Jahr Milliarden von Dollar für Waffen“ ausgegeben würden, „die nur gekauft werden, damit wir sie niemals einsetzen“ Ein Arsenal, „das ausschließlich zu zerstörerischen, nicht jedoch zu konstruktiven Zwecken eingesetzt werden könnte“ sei sicherlich nicht die effizienteste Methode der Friedenssicherung. Er „spreche daher von Frieden als das notwendige rationale Ziel vernünftiger Menschen.“

Um es zu erreichen, müssten nicht nur die Führer der Sowjetunion ihre Einstellung ändern, so Kennedy im erstaunlichsten Teil seiner Rede: „Ich denke auch, dass wir unsere eigene Haltung als Einzelne und als Nation erneut hinterfragen sollten, da sie eine genauso wichtige Rolle spielt wie die der Sowjetunion.“ Man dürfe auch „Konflikte nicht als unabwendbar betrachten“ und „Kein Regierungs- oder Gesellschaftssystem ist so übel gesinnt, dass die ihm angehörigen Menschen als tugendlose Wesen zu betrachten sind.“

Wie wir wissen haben die Herrschenden in den USA nicht auf ihn gehört. Kennedys Streben nach Frieden

mit dem sowjetischen Gegner brachte den jungen Präsidenten in einen – vermutlich fatalen – Konflikt mit dem nationalen Sicherheits-, Militär- und Geheimdienstapparat seines Landes. Sein Amtsvorgänger Dwight D. Eisenhower hatte schon zwei Jahre zuvor bei seiner Abschiedsrede vor der Macht und dem unheilvollen Wirken des „militärisch-industriellen Komplex“, der „Verbindung eines gewaltigen Militärapparates mit einer großen Rüstungsindustrie“ gewarnt.

Unter dem maßgeblichen Einfluss dieser Kreise haben die USA das Bestreben das „Gleichgewicht des Schreckens“, das durch das atomare Gleichziehen der Sowjetunion entstand, zu überwinden und einen Atomkrieg für sie führbar und gewinnbar zu machen, nie aufgegeben. Die neuen Mittelstreckenraketen müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden, insbesondere die Hyperschallrakete „Dark Eagle“. Sie gilt als sog. Enthauptungswaffe, da sie die Fähigkeit haben soll, Kommandozentralen und Atomwaffenilos zu zerstören. Und mit Mittelstreckenraketen ließe sich ein Atomkrieg evtl. auf Europa begrenzen, so das Kalkül von US-amerikanischen Hasardeuren die 10.000 km entfernt die Strategie für zukünftiger Kriege entwerfen.

Auch Russland hat Hyperschallraketen werden manche einwenden. Dabei wird aber ein wichtiger Aspekt übersehen, die Asymmetrie, die darin liegt, dass die USA Waffen und Streitkräfte – verstärkt durch die der NATO-Partner – nahe an den russischen Grenzen unterhalten, selbst aber weit weg vom potentiellen Schlachtfeld liegen. Das wird in der Debatte hierzu meist völlig ausgeblendet, wenn über die Bedrohungssituation Russlands geredet wird, wie auch die Gefahr eines Atomkriegs in Europa. Wie die Kuba-Krise gezeigt hat, würde Washington im umgekehrten Fall Mittelstrecken-Raketen in Nord- oder Mittelamerika keine Minute lang dulden.

Viele namhafte Experten warnen ja seit langem, dass der Ukrainekrieg das wachsende Risiko birgt, in einen größeren Krieg zu eskalieren, in einen Krieg in dem sich Atommächte dann direkt gegenüberstehen. Dieses Risiko wird natürlich umso größer, je länger er dauert und je massiver die NATO-Staaten mit immer schwereren Waffen eingreifen. Die indirekten Drohungen aus Moskau, mit Verweis auf ihr Arsenal, sind ja bekannt und werden heftig kritisiert. Kaum bekannt ist aber, dass Drohungen nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine auch aus der NATO kamen. „All options are on the table“, auf Deutsch „man halte sich alle Optionen offen“ verlautbarten Regierungsvertreter aus Washington und London – eine Formel, die allg. als Warnung an den Gegner gilt, man sei zu allem, auch zu einem Atomwaffeneinsatz bereit.

Die Einsatzdoktrin der USA schließt einen Ersteinsatz von vorneherein nicht aus, die russische sieht ihn nur vor, wenn ein Angriff die Existenz des Landes bedroht. Dabei bleibt jedoch unklar, ab wann in Moskau möglicherweise eine solche Bedrohung gesehen wird – schon bei drohendem Verlust der Krim

und dem dortigen Marinestützpunkt?

Die Politik Deutschlands und seiner Verbündeter scheint mit der Lieferung immer schwerer Waffen die rote Linie Moskaus austesten zu wollen. Den Kampfpanzer sollen bald Kampfjets und Marschflugkörper folgen, mit denen die Krim, russisches Festland und russische Schiffe angegriffen werden können. Insbes. die geplante Bereitstellung von F16-Flugzeugen erhöhen dabei auch das Atomkriegsrisiko, denn Moskau sieht sie als „Bedrohung im nuklearen Bereich“ an. Sie können mit Atomwaffen bestückt werden und die russischen Streitkräfte können nicht erkennen, welche Waffen sie tragen.

Berlin und Brüssel erteilen nach wie vor Bemühungen um einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen eine Absage. Sie setzen weiterhin auf einen militärische Niederlage Russlands und scheinen bereit, dafür die ukrainische Armee bis zum letzten ukrainischen Soldaten kämpfen zu lassen. Dabei ist durchaus allgemein bekannt, dass ihre Chancen gleich Null sind. Der Stellvertreterkrieg der NATO ist daher nicht nur zynisch und men-

schenverachtend, er ignoriert auch die wichtige Warnung Kennedys in seiner Rede von 1963:

„Nuklearmächte müssen vor allem diejenigen Konfrontationen vermeiden, die den Gegner in eine Lage manövrieren, in der er nur noch die Wahl zwischen demütigendem Rückzug und einem Nuklearkrieg hat.“

Wir fordern Berlin und Brüssel daher auf, aus der Kriegslogik auszusteigen und sich endlich ernsthaft um Verhandlungen bemühen. Wir fordern die Bundesregierung zudem auf jegliche Beteiligung und implizite Befürwortung von Atombewaffnung zu beenden.

Atomwaffen müssen geächtet werden. Wir verlangen daher, dass Deutschland unverzüglich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.

Wir fordern die sofortige Beendigung der „Nukleare Teilhabe“ und damit natürlich auch eine klare Absage an die geplante Beschaffung der dafür vorgesehenen atomwaffenfähigen F35-Bomber.

Der Text ist das leicht gekürzte Manuskript eines Redebeitrages vom 7.8.2023 in Heidelberg.

Aus dem Archiv: FriedensJournal Nr. 6/2013

Anlässlich des damals 50. Jahrestages der Ermordung von John F. Kennedy am 22.11.1963 führten wir ein Interview mit dem Journalisten und Buchautor Mathias Bröckers zu seinem aus diesem Anlass erschienenen Buch „JFK – Staatsstreich in Amerika“. Hieraus ein Auszug:

FJ: Sie gebrauchen in ihrem Buch den Begriff "Staatsstreich in Amerika" bzw. "regime change". Im gängigen Geschichtsbild gilt ja JFK keineswegs als Friedensengel. Mit seiner Politik assoziiert man die Militäraktion in der Schweinebucht, seine harte Haltung in der Kuba-Krise und den Beginn des Vietnam-Krieges. Was wäre ohne den Mord an JFK Ihrer Meinung nach weltpolitisch anders gelaufen?

M.B.: Kennedy hat ja eine erstaunli-

che Wende vollzogen. Noch im Präsidentschaftswahlkampf 1960 hatte er mit den klassischen Argumenten des Kalten Krieges der damaligen Zeit eine schärfere Rhetorik als sein Rivale Richard Nixon.

Bei der Militäraktion in der Schweinebucht bremste er seine Militärs aus, die auf eine offene Invasion Kubas drängten. Ein Jahr später in der Kuba-Krise hatten die US-Militärs bereits die konkreten Kriegspläne fertig, wurden aber von Kennedys privaten Schriftwechsel zu Chruschtschow – hinter dem Rücken von Generalstab und Geheimdienste - völlig überrumpelt. Die Generäle wollten den Krieg – und Kennedy verhindert ihn.

Schließlich gab es noch seine Rede vom 10. Juni 1963 an der American University, in der er zum Ende des Kalten Krieges sowie für Frieden und Abrüstung ohne Pax Americana aufrief,

eine Rede die er nur mit seinen beiden engsten Beratern erstellte. Nach deren Bekanntwerden musste Kennedy aus Sicht des Generalstabes als völlig übergeschnappt erscheinen.

In seinem engsten Beraterkreis hatte er auch verkündet, dass er nach seiner Wiederwahl nach Moskau fliegen wolle zwecks Friedensverhandlungen mit der Sowjetunion.

Zu Vietnam: Diesen Konflikt hatte er auch von seinem Vorgänger übernommen und das militärische Engagement wurde unter ihm anfangs noch verstärkt. Aber auch hier erfolgten am Ende seiner Amtszeit bereits Weichenstellungen für einen völligen Rückzug. Stattdessen gab es sofort mit der Amtsübernahme seines Nachfolger Lyndon B. Johnson die Eskalation in Vietnam, die zu mehreren Millionen Toten Zivilisten und Soldaten führten, darunter fast 60.000 US-Soldaten.

Justitia aufwecken!

Protest vor dem Bundesverfassungsgericht

Die bundesweite Kampagne **Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt** des Trägerkreises **Atomwaffen abschaffen-bei uns anfangen!** lädt in der Internationalen Woche zur Abschaffung von Atomwaffen ein zu einer Protestaktion am Freitag, 22. September 2023, in Karlsruhe.

Geplant ist eine "Justitia"- Performance-Kundgebung vor dem Verfassungsgericht und in der Innenstadt.

Beginn: Fünf vor Zwölf bis 14:30 Uhr Kundgebung vor dem Bundesverfassungsgericht und von dort um 15 Uhr zum Stephansplatz u.a. zur Flyerverteilung bis 16 Uhr.

Klimaneutral wird ein Teil der Protestierenden nach der Kundgebung mit einer Fahrrad-Delegation über das Wochenende ins ca. 100 km entfernte Straßburg fahren.

Am Montag, den 25. September, findet dort am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Kundgebung statt.



Hintergrund:

In Büchel wird die »nukleare Teilhabe« der NATO praktiziert: deutsche Piloten trainieren US-amerikanische Atombomben im Ernstfall ins Zielgebiet zu fliegen und abzuwerfen. Die Einsatzdoktrin beinhaltet auch einen möglichen Ersteinsatz!

Seit 30 Jahren organisiert die Friedensbewegung vielfältige Proteste vor den Toren des Fliegerhorsts in Bü-

chel. Sie verlangt, dass die ca. 20 Atombomben abgezogen werden und unsere Regierung dem UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag beitrifft. Wir fordern ein **Europa ohne nukleare Teilhabe** und die **Einhaltung des Völkerrechts!**

Auf Grund der großen Gefahr, die ein Einsatz von Atomwaffen mit sich bringt, sahen sich Friedensbewegte immer wieder genötigt, zu dem Mittel des Zivilen Ungehorsams zu greifen. Es kam zu Blockaden und auch zu Go-In-Aktionen. Letztere wurden strafrechtlich verfolgt und die betreffenden Personen verurteilt. Neunzehn Personen haben in den letzten 26 Jahren Verfassungsbeschwerden eingereicht. Diese stehen in direktem Zusammenhang mit Go-In-Aktionen des Zivilen Ungehorsams in den Atomwaffen-Stützpunkt "Fliegerhorst Büchel" in der Eifel. Die Beschwerden wurden allesamt vom Verfassungsgericht nicht angenommen.

Marion Küpker

Weitere Infos:

aktionen@atomwaffenfrei.jetzt

www.atomwaffenfrei.de

www.buechel-atombombenfrei.de



„United Enemies“ (Vereinte Feinde) Untrennbar miteinander verknötet, kahlköpfig und mit bis ins Groteske verzerrten Gesichtern stehen sie als verschnürte Dreibeine im Kurpark auf der Wiese – kampfbereite Feindespaare, die sich nicht regen können und solange zusammengezwungen und -gezwenget werden, bis sie möglicherweise in gegenseitigem Verständnis zur Ruhe kommen.

Thomas Schütte studierte an der Kunstakademie Düsseldorf und ist weltweit in großen Ausstellungen vertreten. Für seine Biennale-Präsentation wurde er 2005 in Venedig mit dem Goldenen Löwen ausgezeichnet.

Text: blickachsen.de
Fotos: privat / gemeinfrei
(Kurpark Bad Homburg – 20.8.2023)



Grundlegende Fragen zur Zukunft der Ukraine und des Krieges

Seite 3 bis 5

[1] zitiert nach: Ukraine Is Shedding Blood for 'NATO Mission': Ukrainian Defense Minister Zelensky says Ukraine wants more than NATO's 'open door' - antiwar.com, 11.1.2023

<https://news.antiwar.com/2023/01/11/ukraine-is-shedding-blood-for-nato-mission-ukrainian-defense-minister/>

[2] siehe dazu FriedensJournal Nr. 5/2022 und online auf

<https://friedensratschlag.de/baf-positions-papier-ukrainekrieg/>

[3] Jacques Baud: „Die Russen wollen nicht weiter westlich in die Ukraine vorstoßen“ - Interview von Florian Rötzer – Overton-Magazin vom 28.7.2023

<https://overton-magazin.de/top-story/jacques-baud-die-russen-wollen-nicht-weiter-westlich-in-die-ukraine-vorstossen/>

[4] Foreign Affairs vom 13.4.2023, „Blätter“ Nr. 6/2023

[5] aus New York Times – zitiert nach: Opfergaben auf dem Altar der „westlichen Werte“: Bis 400.000 US-Dollar für jeden getöteten ukrainischen Soldaten

Werner Rügemer – Nachdenkseiten vom 21.8.2023

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=102736>

[6] New York Times fetischisiert ukrainische Amputierte Kit Klarenberg – Overton-Magazin vom 22.8.2023

<https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/new-york-times-fetischisiert-ukrainische-amputierte/>

[7] Friendly fire auf Odessa: Ukrainisches Militär gibt zu, Großbrand bei Beschuss der Hafenstadt selbst herbeigeführt zu haben, Junge Welt vom 16.8.2023 / Reinhard Lauterbach

<https://www.jungewelt.de/artikel/456971.krieg-in-osteuroopa-friendly-fire-auf-odessa.html>

siehe zu diesem Punkt auch:

Was wirklich geschah: Russischer Raketenangriff auf ein Theater in der Stadt Tschernhiw

Overton-Magazin vom 20.8.2023 / Florian Rötzer

<https://overton-magazin.de/top-story/was-wirklich-geschah-russischer-raketenangriff-auf-ein-theater-in-der-stadt-tschernhiw/>

Friedensvorschläge

Seite 5 bis 7

Quellen:

Zeitgeschehen im Fokus vom 29.8.2023

<https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe-sonderausgabe-vom-28-august-2023.html>

Globalbridge vom 30.8.2023

<https://globalbridge.ch/den-krieg-mit-einem-verhandlungsfrieden-beenden/>

Ökozid in der Ukraine

Seite 8 bis 10

[1] Englische Wikipedia zu Schwarzerde

<https://en.wikipedia.org/wiki/Chernozem>

[2] Warum verliert die Ukraine den Krieg trotz der überwältigenden Unterstützung des Westens?

Von Jaroslav Štefec – Globalbridge vom 11.8.2023

<https://globalbridge.ch/warum-verliert-die-ukraine-den-krieg-trotz-der-ueberwaeltigenden-unterstuetzung-des-westens>

[3] Der Ukraine-Krieg: Abschätzung der Kosten für Mensch und Umwelt

von Dr. Stuart Parkinsaon, SGR

<https://umwelt-militaer.org/2023-02-sgr-ukraine-krieg/>

[4] Giftcocktail in der Kornkammer Ukraine: Was bleibt, wenn der Krieg geht?

RND vom 9.3.2023

<https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-russlands-angriffe-vergiften-europas-kornkammer-was-sind-die-folgen-7F2HIGZ47FHYJBVO3CFJFJRPE.html>

[5] Webinar: What are the consequences of uranium ammunition in the Ukraine war?

<https://umwelt-militaer.org/webinar-uran-ukraine-en/>

[6] Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage zum Einsatz von Uranmunition in der Ukraine

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/067/2006742.pdf>

[7] Zum Thema Streubomben:

<https://www.streubomben.de>

[8] Wikipedia: Kernkraftwerk Saporischschja

https://de.wikipedia.org/wiki/Kernkraftwerk_Saporischschja

[9] Seuchenwarnung und erste Tote: Die wichtigsten Antworten nach der Zerstörung des Damms

NZZ vom 8.6.2023

<https://www.nzz.ch/international/sprennung-des-kachowka-staudamms-in-der-ukraine-was-wir-wissen-ld.1741185>

Kastenbeitrag: IWF und Weltbank stellten der Ukraine ein Ultimatum

Infosperber vom 29.8.2023

<https://www.infosperber.ch/wirtschaft/landwirtschaft/iwf-und-weltbank-stellten-der-ukraine-ein-ultimatum/>

Demagogie, Propaganda und Lügen im Ukraine-Krieg – auf allen Seiten

Seite 11 bis 13

Erstveröffentlichung auf Globalbridge vom 17.7.2023

<https://globalbridge.ch/das-erste-opfer-im-kriege-ueber-genozide-entnazifizierungsaktionen-vernichtungskriege-und-opferkonstruktionen/>

(siehe dort die enthaltenen Internet-Links zu verwendeten Quellen des Autors)

Zur Buchbesprechung: Weitere Quellen mit Jacques Baud

Seite 14

Jacques Baud zum Ukraine-Krieg: „Wir müssen langsam wieder zurück in die Realität kommen“
Interview von Florian Rötzer – Overton-Magazin vom 31.7.2023

<https://overton-magazin.de/top-story/jacques-baud-zum-ukraine-krieg-wir-muessen-langsam-wieder-zurueck-in-die-realitaet-kommen/>

Mehrere Buchauszüge in Infosperber:

<https://www.infosperber.ch/politik/welt/ein-genauer-blick-auf-die-annexion-der-krim/> (3.9.2023)

<https://www.infosperber.ch/politik/welt/der-maidan-war-ein-illegaler-putsch-vom-westen-unterstuetzt/> (23.8.2023)

<https://www.infosperber.ch/politik/welt/russland-ist-und-war-immer-ein-zuverlaessiger-energielieferant/> (17.8.2023)

<https://www.infosperber.ch/politik/welt/das-versprechen-dass-sich-die-nato-nicht-nach-osten-ausdehnt/> (12.8.2023)

Ist die Friedensbewegung rechtsoffen?

Seite 16

Das komplette Diskussionspapier ist abrufbar unter:

https://nie-wieder-krieg.org/2023/08/24/diskussionspapier_rechtschaffenheit/

Vor 60 Jahren: Kennedys Mahnung vor Kriegen im Atomzeitalter

Seite 18 und 19

Quelle:

<https://jg-nachgetragen.blog/2023/08/09/hiroshima-und-nagasaki-mahnen-atomwaffen-abschaffen-kriegslogik-ueberwinden/>

(siehe dort die enthaltenen Internet-Links zu verwendeten Quellen des Autors)

Archiv: FriedensJournal Nr. 6/2023:

https://frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ_2013-6.pdf#Page=12

Bildnachweise

Seite 1: Ukraine-Karte

Eigene Darstellung, gemeinfrei
Kartenmaterial: Wikipedia

Seite 4: Kriegsversehrte nach zweitem Weltkrieg

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fotothek_df_ps_0000014_Versehrte_des_2._Weltkrieges_\(Beinamputierte\)_mit_Unterar.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fotothek_df_ps_0000014_Versehrte_des_2._Weltkrieges_(Beinamputierte)_mit_Unterar.jpg)

Seite 8: Landesarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart

Seite 8: Screenshot aus Video Überwachungskamera (YouTube)

Seite 9: Kernkraftwerk Saporischschja

https://de.wikipedia.org/wiki/Kernkraftwerk_Saporischschja

Seite 11: Massaker von Odessa

Screenshot aus Film „Remember Odessa“ von Wilhelm Domke-Schulz

Seite 12: Massenmorde der SD in der Ukraine

https://de.wikipedia.org/wiki/Einsatzgruppen_der_Sicherheitspolizei_und_des_SD

Seite 15: Grafik Streubomben

<https://www.ggl-austria.at/streumunion/>

Seite 15: Foto Streumunion Bomblet

<https://de.wikipedia.org/wiki/Streumunion>

Seite 18: Kennedy-Rede, Screenshot aus:

<https://www.youtube.com/watch?v=0fkKnfk4k40>

Seite 20: Justitia

www.atomwaffenfrei.de

Seite 20: Fotos aus Kurpark Bad Homburg

Quelle: Karl-Heinz Peil